

2 Die Konstitution von Natur und Raum: Theoretischer Rahmen

In diesem Kapitel entwickle ich einen konzeptuellen Rahmen, um die konflikt-hafte politische Regulierung der Palmöl- und Agrartreibstoffproduktion zu unter-suchen. Hierzu werde ich unterschiedliche theoretische Zugänge aus der Politi-schen Ökologie sowie Aspekte des Konzepts der Gesellschaftlichen Naturverhält-nisse heranziehen. Um die räumlichen Veränderungsprozesse zu erfassen, die mit der Produktion von Palmöl einhergehen, greife ich auf die *Scale*-Debatte zurück.

2.1 NATURDEFINITIONEN UND NATURBILDER

„Nature is simply a name that is ‚attached‘ to all sorts of different real-world phenomena. Those phenomena are not nature as such but, rather, what we collectively choose to call ‚nature‘.“
(Castree 2005, 35)

Der Begriff „Natur“ ist dem Kulturtheoretiker Robert Williams (2007; 1983, 219) zufolge einer der vielschichtigsten Begriffe überhaupt. Definitionen von Natur bzw. Naturbilder sind von kulturell konstruierten Vorstellungen geprägt und müs-sen daher im Licht ihrer historischen Genese und ihres gesellschaftlichen Kontexts betrachtet werden. Im Laufe der Menschheitsgeschichte wurde dem Begriff Natur eine Vielzahl von Bedeutungen zugeschrieben, die hier zwar nicht ausführlich be-handelt, aber knapp umrissen werden.

Ernst Oldermeyer (1983) unterscheidet verschiedene Typen des Naturver-ständnisses, die historisch betrachtet nicht linear aufeinanderfolgten, sondern parallel existierten oder sich vermischten. Ein Typus ist die *magisch-mystische Naturauffassung*, wobei davon ausgegangen wird, dass sich Eingriffe in die Natur

auf die Sicherung des Mindestbedarfs an Ressourcen zum Überleben beschränken. Mit dem Aufkommen der Philosophien über den Weltursprung setzte sich ein *biomorph-ganzheitliches Denken* durch. Eine bedeutende Rolle für dieses Naturverständnis spielte die griechische Antike, in der ein ganzheitliches Naturbild vorherrschte und die Natur als Kosmos, d.h. als eigene Welt mit eigener Ordnung, verstanden wurde. Ein weiterer Typus entstand mit dem aufklärerischen Denken. Die damit verbundene Entmystifizierung der Welt begründete die Idee der Naturbeherrschung. Natur wurde als *Gegenstand* und *Gegenbegriff* zur „Zivilisation“ aufgefasst. Damit änderte sich das Bild des Menschen im Verhältnis zur Natur grundlegend. In der Neuzeit verschwanden der normative Orientierungscharakter der Natur und die damit verbundene Konzeption „natürlicher“ bzw. naturgegebener sozialer Ordnungen. Natur galt fortan als Reservoir von Rohstoffen. Natur wurde als dem Menschen entgegengesetzt, als etwas Äußerliches begriffen. Daraus entwickelte sich eine „technisch-utilitaristische Einstellung zur Natur“, welche die heute dominante menschliche Nutzung und Ausbeutung der Natur bedingt (Meske 2011, 29). Diese in Kürze angedeuteten Begriffe unterscheiden sich im Hinblick auf ihre Grundannahme über das Verhältnis von Natur und Gesellschaft: Natur ist der Gesellschaft entweder unter- oder übergeordnet. Je nachdem, welche Grundannahme zutrifft, kann von einer beliebigen Aneignung der Natur durch die Gesellschaft oder aber von der Determination der gesellschaftlichen Entwicklung durch die Natur ausgegangen werden.

Das Verhältnis von Natur und Gesellschaft lässt sich jedoch nicht allein auf die Frage von Dominanz reduzieren. Insbesondere wurde in jüngerer Zeit argumentiert, dass die Grenzen zwischen Natur und Gesellschaft bzw. Kultur⁷ durch wissenschaftliche und technische Entwicklungen, z.B. Landwirtschaft, Zucht, Gentechnik und neue Energieformen im Laufe des 20. Jahrhunderts, zunehmend verschwimmen.

2.2 POLITISCHE ÖKOLOGIE

Im Forschungsfeld der Politischen Ökologie (*political ecology*) werden Gesellschaft-Natur-Beziehungen als sich gegenseitig bedingende und hervorbringende

7 Die Debatten über das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur werden unter unterschiedlichen Benennungen geführt, wie „Natur – Gesellschaft“, „Natur – Kultur“, „Umwelt – Gesellschaft“ etc. In der vorliegenden Arbeit verwende ich die jeweils in der behandelten Debatte gängige Formulierung.

Verhältnisse verstanden. Ausgehend vom Konkreten, Lokalen wird in polit-ökologischen Analysen ein allgemeines Verständnis des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Natur entwickelt. Die Einführung des Begriffs „Politische Ökologie“ wird auf den 1972 vom Anthropologen Eric Wolf veröffentlichten Aufsatz „Ownership and Political Ecology“ zurückgeführt. Im deutschsprachigen Raum wurde der Terminus erstmals von Hans Magnus Enzensberger 1973 in seinem Essay „Zur Kritik der politischen Ökologie“ verwendet. Enzensberger kritisierte das damals vorherrschende Verständnis von Umweltproblemen als rein ökologisch und betrachtete die sich abzeichnende ökologische Krise als ein in erster Linie politisches Problem (Enzensberger 1973). Zu den geistigen Wurzeln des interdisziplinären Forschungsfeldes Politische Ökologie gehören die Ansätze der *cultural ecology* (Steward 1972; Vayda und Rappaport 1967), die Ökosystem-Kybernetik (Odum 1971) und die Risikoforschung (Watts 2002). Die Politische Ökologie schloss im Hinblick auf die Analyse von kulturellen Praxen und Gesellschaft-Natur-Beziehungen an diese Debatten an. Gleichzeitig war für die Herausbildung der Politischen Ökologie als Forschungsfeld auch die Abgrenzung von diesen Ansätzen entscheidend (vgl. u.a. Paulson et al. 2003; Peet, Robins und Watts 2011; Turner und Robbins 2008). Vertreter_innen der Politischen Ökologie gehen von der zentralen Annahme aus, dass ökologische und polit-ökonomische Prozesse im Gesellschaft-Natur-Verhältnis miteinander verwoben sind, Natur also nicht isoliert von gesellschaftlichen Verhältnissen betrachtet werden kann. In der viel zitierten Definition von Piers Blaikie und Harold Brookfield kommt dieses Zusammenspiel zum Ausdruck:

„The phrase ‘political ecology’ combines the concerns of ecology and a broadly defined political economy. Together this encompasses the constantly shifting dialectic between society and land-based resources, and also within classes and groups within society itself.“ (Blaikie und Brookfield 1987, 17)

Zwei weitere Abgrenzungspunkte waren für die Herausbildung der Politischen Ökologie zentral: der Neomalthusianismus und der Diskurs der Ökologischen Modernisierung. Die ersten Entwürfe der Politischen Ökologie in der angelsächsischen Debatte entstanden aus der Kritik an malthusianisch⁸ begründeten Interpre-

8 Der Pfarrer und Gelehrte Thomas Robert Malthus (1766–1834) argumentierte in seinem erstmals 1798 erschienenen Buch „An Essay on the Principle of Population“ (Malthus 1992 [1798]), dass aufgrund der exponentiell steigenden Bevölkerungszahl gegenüber der linear steigenden Nahrungsmittelproduktion „Überbevölkerung“ das zentrale gesellschaftliche Problem sei.

pretationen des Gesellschaft-Natur-Verhältnisses. Letzteren zufolge liegen die Ursachen von ökologischen Problemen, Degradationserscheinungen und Ressourcenknappheit im Bevölkerungswachstum in Ländern des Globalen Südens. Publikationen wie der Bericht des Club of Rome „The Limits to Growth“ (Meadows et al. 1972) spiegeln diese Sichtweise insofern wider, als das Bevölkerungswachstum als Bedrohung der Umwelt aufgefasst wurde.

Im Gegensatz zur Annahme der Debatte der 1970er-Jahre, nach der das Bevölkerungswachstum gegen die „natürlichen Grenzen“ (Ehrlich 1968; Hardin 1968) des Planeten stoße und die Umwelt begriffen wurde als „a finite source of basic unchanging and essential elements, which set absolute limits for human action“ (Robbins 2004, 8), wurden die „natürlichen Grenzen“ in kritischen Ansätzen zunehmend als sozial vermittelt konzeptualisiert.⁹ Dazu beigetragen haben vor allem ökomarxistische Arbeiten, die ein Verständnis für den sozialen Charakter der ökologischen Krise und den politischen Charakter von Krisendefinitionen hervorgehoben haben (Dietz und Wissen 2009). Grundannahme ökomarxistischer Arbeiten ist, dass dem Kapitalismus eine ökologische Destruktivität innewohnt, d.h. dass er seine eigenen (Re-)Produktionsbedingungen und folglich seine eigene Existenzgrundlage kontinuierlich untergräbt. Zu den Bedingungen kapitalistischer Produktion gehören Arbeitskraft, natürliche Ressourcen (Land, Wasser, Bodenschätze etc.) sowie die „allgemeinen Produktionsbedingungen“ wie Transport- und Kommunikationsinfrastruktur (Marx 1990 [1867]). „Die kapitalistische Produktion entwickelt [...] nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ (MEW 23, 530)

James O'Connor (1988) argumentiert vor diesem Hintergrund in seinem wegweisenden Aufsatz „Capitalism, Nature, Socialism“, dass die Grundlagen der Produktion und Reproduktion dieser Bedingungen in einer Ökonomie, die durch das Wertgesetz bestimmt wird, zerstört werden, auch wenn diese Grundlagen selbst dem Wertgesetz nicht unmittelbar unterworfen sind. Zentral in O'Connors

9 Allerdings taucht in den aktuellen Diskussionen die Grenzen-Metapher bzw. malthusianisch inspirierte Denkmuster immer wieder auf, beispielsweise in wissenschaftlichen Berichten wie dem Stern-Report (2006) oder dem vierten Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC 2007), im Konzept der *planetary boundaries* (Rockström et al. 2009) oder bei Thomas Homer-Dixon (2010). Dabei wird die soziale Produktion von Knappheit nicht betrachtet: „To say that scarcity resides in nature and that nature limits exist is to ignore how scarcity is socially produced and how ‚limits‘ are a social relation within nature (including human society) rather than some externally imposed necessity.“ (Harvey 2007, 147)

Arbeit ist der von ihm als Pendant zum Begriff der „Überproduktion“ entwickelte Terminus der „Unterproduktion“ der Produktionsbedingungen. Darin sieht er eine *second contradiction*¹⁰ des Kapitalismus begründet, d.h. den Widerspruch zwischen kapitalistischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen einerseits und den Produktionsbedingungen andererseits:

„An ecological Marxist account of capitalism as a crisis-ridden system focuses on the way that the combined power of capitalist production relations and productive forces self-destruct by impairing or destroying rather than reproducing their own conditions („conditions“ defined in terms of both their social and material dimensions).“ (O’Connor 1988, 25)

Zur selben Zeit entwickelt Elmar Altvater (1987) einen marxistischen Begriff der ökologischen Krise, der die immanente sozial-ökologische Widersprüchlichkeit des Kapitalismus als Bedrohung der externen Produktionsbedingungen versteht (Altvater 1987). Natur wird durch die kapitalistische Produktionsweise, die auf die Akkumulation von Kapital mittels Mehrwertproduktion angewiesen ist, transformiert. Die kapitalistische Produktionsweise ist von Natur abhängig, untergräbt aber zugleich „jene sozial-ökologischen Voraussetzungen, auf die sie als Arbeitsprozess angewiesen ist“ (Wissen 2011, 113f.).

Die ökomarxistische Perspektive lässt sich dahingehend zusammenfassen, dass sie systematisch analysiert, wie kapitalistische Produktionsweise die Reproduktion von Mensch und Natur nicht als eine ihr immanent gesetzte Grenze anerkennt. Die kapitalistische Produktionsweise wird aufgrund dieser Missachtung natürlicher Grenzen irgendwann an ihre systemischen Grenzen geführt (Dietz und Wissen 2009). Die Materialität zeigt sich, wenn die kapitalistische Produktion ihre eigenen Reproduktionsbedingungen untergräbt, indem sie die vorgegebenen Bedingungen der Natur verletzt.

„Dieses Verständnis von Materialität korrespondiert mit einem bestimmten Verständnis von Natur: Indem er der Natur seine Verwertungs- bzw. Transformationslogik oktroyiert, produziert der Kapitalismus Natur negativ, das heißt in Gestalt von Umweltzerstörungen; in letzter Konsequenz produziert er sie als seine eigenen Schranken.“ (Wissen 2011, 117)

Während ökomarxistische Arbeiten die grundlegende ökologische Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise herausarbeiten, die auf der Dominanz des Tauscherts beruht, bleiben die unterschiedlichen historisch konkreten

10 Im Gegensatz zu *first contradiction*, dem Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen.

Entwicklungsweisen des Kapitalismus unberücksichtigt. Eine hegemoniale bzw. dominante politische Bearbeitung der Widersprüchlichkeit im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse gilt in dieser Perspektive als wenig wahrscheinlich.

„Allerdings bedingt der ökomarxistische Fokus auf den systemischen Grenzen, an die der Kapitalismus aufgrund seiner eigenen ökologischen Destruktivität gerät, dass die alltäglichen und konkreteren Formen der Naturproduktion, der ökologischen Krise und der damit einhergehenden Konflikte bei ihnen nicht im Zentrum stehen.“ (Dietz und Wissen 2009, 366)

Die grundlegende Annahme des Grenzenkonzepts im Ökomarxismus, demzufolge soziale und ökologische Krisen im Rahmen des derzeit herrschenden Kapitalismus unlösbar seien, ist jedoch zu ungenau, um die spezifischen Krisen und die damit verbundenen politischen Auseinandersetzungen, in der sich die Gesellschaft-Natur-Verhältnisse befinden, umfassend begreifen zu können. Die Politische Ökologie schließt diese ‚Lücke‘, indem sie präzise in den Blick nimmt, worin sich die jeweiligen Ausprägungen kapitalistischer Naturverhältnisse, ökologischer Krisen und Formen der sozialen Vermittlung natürlicher Grenzen im Rahmen verschiedener kapitalistischer Entwicklungsweisen unterscheiden.

Neben der Abgrenzung vom Ökomarxismus konstituierte sich der polit-ökologische Zugang durch eine Kritik am Diskurs der Ökologischen Modernisierung. Im Rahmen dieses Diskurses werden die umweltzerstörenden Tendenzen der kapitalistischen Produktionsweise der Industriegesellschaft letztlich als durch moderne Technologien und deren Weiterentwicklung beherrschbar betrachtet (Mol 1997). Darüber hinaus birgt die Lösung von Umweltproblemen in dieser Perspektive auch wirtschaftliches Wachstumspotenzial. Prominent wurden Ansätze von Ökologischer Modernisierung im Kontext der Nachhaltigkeitsdebatte seit den 1990er-Jahren und in neuer Form mit Konzepten der *green economy* aufgegriffen.¹¹ Der Diskurs der Ökologischen Modernisierung betont die Steuerungsfähigkeit und die Möglichkeit des erfolgreichen Managements der Interaktion von Gesellschaft und Natur. Dabei können sich in Zeiten ökologischer Krisen die Aufgaben des Staates verändern, wobei privatwirtschaftlichen Akteuren potenziell eine zentrale Rolle zukommt:

11 In einer ähnlichen Weise wurde im Brundtland-Bericht „Our Common Future“ (1987) argumentiert.

„[T]he role of the state in environmental policy is changing, or will have to change, from curative and reactive to preventive, from ‚closed‘ policy making to participative policy making, from centralized to decentralized, and from dirigistic to contextually ‚steering‘. [...] Private economic actors become involved in environmental reform, for instance by certification of products and processes, by asking for environment audits and by competition on environmental performance and the creation of niche markets.“ (Mol 1997, 141)

Aus einer polit-ökologischen Sicht ist die unzureichende Betrachtung struktureller Ursachen von Umweltproblemen sowie der Mangel einer Herrschaftskritik im Diskurs der Ökologischen Modernisierung problematisch. Dadurch können jene tiefer liegenden strukturgebenden Elemente der Gesellschaft, die auch Auslöser von Umweltproblemen sind und sich technologischer Beherrschung entziehen, nicht in den Fokus der Analyse gelangen. Vielmehr trägt die Modernisierungsperspektive dazu bei, die kapitalistische Akkumulation als prinzipiell immer weiter steigerbar anzunehmen (Görg 2003b).

Neben der Abgrenzung von neomalthusischen Ansätzen und dem Diskurs der Ökologischen Modernisierung sowie der Weiterentwicklung ökomarxistischer Ansätze spielten in der Entwicklung der Politischen Ökologie zudem neomarxistische Strömungen in den Sozialwissenschaften und in der Entwicklungsforschung (Dependenztheorie, struktureller Marxismus, Weltsystemtheorie) eine wichtige Rolle (Bryant 1998). Diese Ansätze förderten in der Politischen Ökologie die Beforschung des Verhältnisses von Produktionsweisen, Machtverhältnissen und globalen Arbeitsverhältnissen zu lokalen Prozessen der Ressourcennutzung sowie die damit verbundene Inklusion oder Exklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen. Dazu beigetragen haben vor allem Richard Peet und Michael Watts mit „Liberation Ecologies“ (1996) sowie Raymond Bryant und Sinéad Bailey mit „Third World Political Ecology“ (1997). In den Fokus der polit-ökologischen Forschung rückten soziale Ungleichheiten, Auswirkungen des Weltmarkts auf lokale Bevölkerungen und politische Konflikte auf unterschiedlichen Maßstabsebenen. Damit reagierte die Politische Ökologie unter anderem auf die beobachtete gesellschaftliche Desintegration infolge der Einbindung neuer Bevölkerungsgruppen in eine kapitalistische Produktions- und Lebensweise und in den Weltmarkt (Bryant und Bailey 1997; Paulson et al. 2003). Zentraler Ausgangspunkt war hierbei der Begriff *politicised environment*, der die Umkämpftheit und die Einschreibung sozialer Verhältnisse in Natur umfasst. Die Natur wird als umkämpfter Teil sozialer Verhältnisse verstanden. Im Zuge dieser Kämpfe werden bestehende Machtverhältnisse in die Natur eingeschrieben – „unequal power relations among actors are inscribed in the environment“ – und strukturieren Lebensbedingungen (Bryant und Bailey 1997, 43).

Im Verlauf der 1990er-Jahre wurden in der Politischen Ökologie poststrukturalistische sowie diskurstheoretische Ansätze miteinander verknüpft. Fragen der diskursiven ‚Produktion‘ und der symbolischen Aneignung von Natur (A. Agrawal 2005; Callon 1981; Goldman 2004; Jasanoff 2010) sowie der Wissensproduktion (Escobar 1996) wurden verstärkt berücksichtigt. Auch feministische (B. Agrawal 1998; Elmhirst 2011; Nightingale 2003) und postkoloniale Ansätze (Spivak 2008) wurden integriert. Dadurch rückten Kategorien wie Gender, Identität und ethnische Zugehörigkeit, Institutionen sowie staatliche Apparate vermehrt in den Fokus der Politischen Ökologie und wurden hinsichtlich ihres Einflusses auf Wissen, Entscheidungen und Handeln in Bezug auf Landfragen beleuchtet. Zunehmend befasst sich Politische Ökologie auch mit der Konstitution von Geschlechterverhältnissen und Identitäten in Bezug auf Umweltwissen und mit Prozessen der Naturaneignung (Mackenzie 1995; Rochelau 1996), mit Fragen zu indigenem und Gewohnheitsrecht und territorialer Autonomie (Jones 1995) sowie mit der in sozialen Bewegungen geäußerten Kritik an bestehenden Entwicklungsmodellen und mit der kritischen Analyse von Institutionen (Bryant 2002; Peet und Watts 1996; Zimmerer 2000). Während in den 1980er- und 1990er-Jahren agrarwirtschaftliche und entwicklungspolitische Themen in Ländern des Globalen Südens wichtige empirische Bezugspunkte polit-ökologischer Analysen darstellten, rückten in jüngerer Zeit unter dem Begriff *urban political ecology* zunehmend städtische Räume und Umweltprobleme in Ländern des Globalen Nordens (Köhler 2008b, 2014; Peet und Watts 2004; Swyngedouw und Heynen 2003; Zimmerer 2010) in den Fokus der empirischen Untersuchung.

Mit der Verschiebung der Forschungsschwerpunkte entwickelten sich auch die theoretisch-konzeptionellen Zugänge zu polit-ökologischen Fragestellungen weiter, wobei sich die Politische Ökologie zunehmend gegenüber neuen disziplinären Ansätzen öffnete. Gemeinsam sind den unterschiedlichen Ansätzen die Ablehnung einer Natur-Gesellschaft-Dichotomie sowie die Verknüpfung ökologischer Fragestellungen mit polit-ökonomischen Analyse kategorien und insbesondere mit der Frage nach Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Unterscheiden lassen sich die Ansätze hinsichtlich der theoretischen Annahmen, methodologischen Ausrichtungen und Erkenntnisinteressen. So lassen sich aktuell fünf Herangehensweisen identifizieren, die sich den genannten Fragestellungen aus unterschiedlichen Perspektiven nähern: (1) die angelsächsische Debatte *Political Ecology* (vgl. u.a. Bryant und Bailey 1997; Peet und Watts 2004; Peet, Robbins und Watts 2011; Robbins 2008; Zimmerer 2010), (2) die Politische Ökologie der deutschsprachigen Humangeografie (Coy und Neuburger 2008; Krings 2011), (3) das Konzept Gesellschaftlicher Naturverhältnisse (vgl. u.a. Brand und Görg 2003; Görg 2003b; Wissen 2011), (4) die Soziale Ökologie des Instituts für

sozial-ökologische Forschung (ISOE) in Frankfurt am Main (Becker und Jahn 2006; Jahn und Wehling 1998) und (5) die Soziale Ökologie des Instituts für Soziale Ökologie (SEC) in Wien (Fischer-Kowalski et al. 1997).

2.3 DAS KONZEPT GESELLSCHAFTLICHE NATURVERHÄLTNISSE

Parallel zur angelsächsischen Diskussion wurde im deutschen Sprachraum im Anschluss an die Kritische Theorie eine „kritische Theorie der ökologischen Krise“ entworfen (Görg 2003b, 25). Ausgangspunkt für die Entwicklung dieses Zugangs war die Kritik an der Darstellungsweise ökologischer Probleme als „isolierte Umweltprobleme“ oder „ökologische Risiken“, welche mit dem Einsatz von Technologie gelöst werden könnten. Entgegen der damit verbundenen vorherrschenden gesellschaftlichen Auffassung des Natur-Gesellschaft-Verhältnisses in den 1970er- und 1980er-Jahren betonte das Konzept der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse „die Zerstörung der material-stofflichen und biologisch-körperlichen Voraussetzungen von gesellschaftlicher Reproduktion“ (Jahn 1991, 12). Der Kern sogenannter Umweltprobleme liegt nicht im veränderten Zustand der Natur, sondern in den „wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Formen, in denen insbesondere die hoch industrialisierten Gesellschaften ihren Umgang mit der natürlichen Umwelt gestalten“ (Jahn und Wehling 1998, 81). Aus dieser Perspektive sind auch die Lösungsansätze zur Bearbeitung von Umweltproblemen Bestandteil der „ökologischen Krise“ (Köhler und Wissen 2010, 218).

Wie auch in polit-ökologischen Ansätzen wird mit dem Konzept Gesellschaftlicher Naturverhältnisse die „konstitutive Vermitteltheit von Gesellschaft und Natur“ in ihrer jeweiligen Macht- und Herrschaftsförmigkeit hervorgehoben (Görg 2003b, 119). Jahn und Wehling (1998) zufolge weist der Vermittlungszusammenhang von Gesellschaft und Natur drei zentrale Dimensionen auf: (1) einen unaufhebbaren Zusammenhang zwischen Natur und Gesellschaft, verbunden mit der Frage spezifischer Formen gesellschaftlicher Produktion von Natur, (2) die Differenzierung zwischen Natur und Gesellschaft, woraus sich Grenzen für die gesellschaftliche Produktion von Natur ergeben, und (3) eine historische Konstitution dieser Differenz, womit auf die Herrschaftsförmigkeit gesellschaftlicher Produktion von Natur verwiesen wird (Jahn und Wehling 1998).

Nicht nur in polit-ökologischen Ansätzen, auch im Konzept Gesellschaftlicher Naturverhältnisse werden also Natur und Gesellschaft als sich gegenseitig bedingend und hervorbringend konzipiert. Natur kann nicht losgelöst von historisch

spezifischen sozialen Verhältnissen wie Geschlecht, Klasse, Ethnizität und *race* gefasst werden, die über die unterschiedlichen Nutzungs- und Aneignungspraktiken von Natur in diese eingeschrieben werden (Swyngedouw 2004).

Das Konzept der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse teilt mit anderen Ansätzen die Grundannahme, dass die von uns wahrgenommene Natur sozial wie symbolisch produziert ist. Soziale Produktion bedeutet hier, „dass sich in Natur [...] gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse einschreiben und umgekehrt die spezifische Form der Produktion (Transformation, Aneignung, Kontrolle) von Natur ihrerseits konstitutiv für soziale Herrschaft ist“ (Wissen 2011, 106). Jedoch ist Natur nicht beliebig sozial produzierbar. Ihre Eigenständigkeit äußert sich darin, „dass man von den ökologischen Bedingungen sozialer Reproduktion nicht beliebig abstrahieren kann“ (Görg 2003b, 124).

2.3.1 Der grundlegende Vermittlungszusammenhang zwischen Gesellschaft und Natur

Der Vermittlungszusammenhang zwischen Gesellschaft und Natur lässt sich grundsätzlich nach zwei Dimensionen unterscheiden: einer materiell-stofflichen und einer sprachlich-symbolischen (vgl. u.a. Jahn und Wehling 1998; Görg 1999; Fischer-Kowalski et al. 1997). Die materiell-stoffliche Dimension bezieht sich auf die Tatsache, dass sich Gesellschaften für ihre Existenzgrundlage Natur aneignen müssen und diese somit verändern. Nicht nur besiedelte und landwirtschaftlich oder bergbaulich genutzte Flächen haben eine „Geschichte gesellschaftlicher Überformung“, auch tropische Regenwälder, die als unberührt erscheinen, sind beispielsweise oft seit Jahrhunderten von indigenen Bevölkerungsgruppen genutzt und somit transformiert (Köhler 2010, 220) bzw. von den globalen Umweltveränderungen, die menschliche Gesellschaften ausgelöst haben, beeinflusst worden (z.B. durch Eingriffe in globale bio-geochemische Kreisläufe). Die Nutzung und Transformation von Natur wirkt auf die Gesellschaft zurück (Fischer-Kowalski et al. 1999; Martinez-Alier 2009). Gesellschaft-Natur-Verhältnisse werden in „historical-geographical production processes“ durch materielle und diskursive Praktiken hervorgebracht, wobei diese Produktionsprozesse immer in Machtverhältnisse eingebettet sind und ein umkämpftes Terrain darstellen (Swyngedouw und Heynen 2003, 901; vgl. auch Peet et al. 2011). „Historical-geographical materialism is founded on the ontological principle that living organisms, including humans, need to transform (metabolise) ‚nature‘ and, through that, both humans and ‚nature‘ are changed.“ (Swyngedouw 2004, 130)

Die sprachlich-symbolische Produktion von Natur lässt sich nur analytisch von materiellen Formen der Produktion trennen. Deutlich wird das, wenn von „natürlichen Ressourcen“ gesprochen wird – Erdöl, Holz, pflanzliche Gene oder Wasser sind erst in einer historisch-spezifischen Konstellation in Bezug auf bestimmte gesellschaftliche Bedürfnisse, Interessen und Nutzungsmöglichkeiten zu „Ressourcen“ geworden – oder wie Zimmermann es formuliert: „Resources are not, they become.“ (Zimmermann 1951, 15) David Harvey hebt die Produktion von Natur als Ressource hervor, wenn er natürliche Ressourcen begreift als „cultural, technical and economic appraisal of elements and processes in nature that can be applied to fulfill social objectives and goals through specific material practices“. Er verweist darauf, dass die vorherrschenden Produktionsweisen, d.h. die materiellen Praktiken, mit denen Natur angeeignet und ökonomisch in Wert gesetzt wird, auch nicht intendierte Folgen haben können (Harvey 2007, 147).

Die Entstehung und Ausprägung von natürlichen Ressourcen sind von Technologien und Produktionsweisen, Interessenkonstellationen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen abhängig. Eine bedeutende Rolle spielen hier Wissensformen und die Art und Weise, wie Wissen produziert wird. In der Betrachtung der symbolischen Dimension von Gesellschaft-Natur-Verhältnissen werden die zumeist konfliktiven wissenschaftlichen, politischen und kulturellen Interpretationen von Natur und Umweltveränderungen deutlich. So sind beispielsweise das Problem des anthropogenen Klimawandels und das Aufkommen neuer Praktiken der Naturnutzung, wie der Produktion von Agrartreibstoffen oder Schiefergas, das Ergebnis von Deutungskämpfen unterschiedlicher Akteure auf unterschiedlichen Ebenen.

Auch die „ökologische Krise“ existiert nicht unmittelbar als solche, sondern wurde durch bestimmte Deutungen und wissenschaftliche Beschreibungen symbolisch hervorgebracht. Dementsprechend stellt sich diese Krisenkonstellation für bestimmte Akteure aufgrund der Position, die sie in der Gesellschaft einnehmen, gar nicht als Krise dar (vgl. Köhler 2010; Wissen 2011). Aus der Beobachtung ein und desselben Teils der Natur können ganz unterschiedliche Interpretationen hervorgehen: Eine Waldfläche kann beispielsweise in erster Linie als Möglichkeit monetärer Inwertsetzung und/oder als CO₂-Senke oder als ein Hindernis für den Anbau von Nutzpflanzen betrachtet werden. Welche Interpretation dominant wird, ist von hegemonialen Diskursen und Interessenkonstellationen abhängig.

In der Analyse der Machtverhältnisse und damit verbundener Diskurse in Umweltkonflikten wird die Bedeutung verschiedener räumlicher Ebenen sichtbar, die später in dieser Arbeit detailliert betrachtet wird. Machtvolle Akteure können beispielsweise die internationale oder nationale Ebene als Austragungsort für einen Konflikt wählen, der zunächst vor allem auf lokaler Ebene als solcher manifest

ist. Die Naturaneignungspraktiken, die zu dem Konflikt auf der lokalen Ebene geführt haben, können in diesem Fall auf der nationalen oder internationalen Ebene legitimiert werden, ohne dass die davon Betroffenen auf diesen Ebenen aktiv werden können. Hierbei werden nicht nur ökonomische und gesellschaftliche Leitbilder legitimiert, sondern auch Wertvorstellungen und Naturbilder, die eine spezifische Form der Naturaneignung und -nutzung begünstigen (Brand und Görg 2003).

Aus der Kombination von spezifischen Formen physisch-materieller und sprachlich-symbolischer Produktion von Natur entsteht eine Pluralität gesellschaftlicher Naturverhältnisse, die sich in unterschiedlichen Deutungen der ökologischen Krise äußert.

2.3.2 Die These der Produktion von Natur in der *radical geography*

Das sich wechselseitig bedingende und hervorbringende Verhältnis von Gesellschaft und Natur, das im Konzept der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse zentral ist, wurde, mit etwas anderen Akzenten, auch bereits im Rahmen der *radical geography*-Debatte in den 1980er-Jahren intensiv diskutiert. Ein Kristallisationspunkt der Diskussion ist das im angelsächsischen Sprachraum breit rezipierte Werk „Uneven Development. Nature, Capital and the Production of Space“ (1984) von Neil Smith. Darin entwickelt er die These der sozialen Produktion von Natur. Im Anschluss an Marx' Überlegung, der zufolge Gesellschaften Natur als stoffliche Grundlage benötigen und die produzierte Natur selbst als historisch-geografischer Prozess zu verstehen ist, grenzt sich Smith (1984) vom Begriff der Naturbeherrschung ab. Dieser greife zu kurz – so seine Kritik –, da er nicht die Gegenüberstellung von Natur und Gesellschaft überwinde, indem er Natur als eine von der Gesellschaft beherrschte Sphäre konzipiere (Smith 1984; vgl. Wissen 2011). Bei Marx ist der Mensch ein „Naturwesen“ (Marx 1990 [1844], 578, Herv. i. O.) und als solches auf einen Austausch mit der Natur angewiesen, wodurch diese auch immer transformiert werde. Im Kapitalismus hat sich das Verhältnis von Gesellschaft zur Natur allerdings insofern verändert, als die Ausdehnung der Kapitalakkumulation immer neue Aneignungspraktiken von Natur (z.B. durch die Modifikation genetischer Informationen) erfordert.

„Under dictate from the accumulation process, capitalism as a mode of production must expand continuously if it is to survive [...]. To this end, capital stalks the earth in search of material resources; nature becomes a universal means of production in the sense that it not

only provides the subjects, objects and instruments of production, but is also in its totality an appendage to the production process.“ (Smith 1984, 49)

In seiner Konzeption werden die Sphären Gesellschaft und Natur folglich nicht als eigenständige, lediglich interagierende Sphären betrachtet, sondern als ein wechselseitiger Prozess der Produktion von Natur. Wie in der Debatte der Politischen Ökologie wird angenommen, dass sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, institutionelle Arrangements und gesellschaftliche Wertvorstellungen in die Natur einschreiben und somit auch die Praktiken der Naturaneignung bestimmen. Die produzierte Natur ist gesellschaftlich durchdrungen; es haben sich in sie frühere gesellschaftliche Kräfteverhältnisse eingeschrieben, die wiederum die „Ausgangsbedingungen für aktuelle und künftige gesellschaftliche Projekte“ prägen (Köhler 2008a, 215).

Die Konzeption einer gesellschaftlich produzierten Natur – die die Unterscheidung zwischen erster (der Gesellschaft vorgängig) und zweiter Natur (die von Menschen geschaffene Umwelt) problematisiert – bedeutet jedoch nicht, dass Natur vollständig kontrolliert werden kann. Während Smith beispielsweise auf die Unkontrollierbarkeit der Natur und mögliche nicht intendierte Folgen im Zuge von Aneignungspraktiken (z.B. anthropogener Klimawandel) verweist, sind Modernisierungsdiskurse nach wie vor von der Vorstellung einer beliebigen Kontrollierbarkeit von Natur durch Technologien gekennzeichnet (Wissen 2008).

2.3.3 Materialität und Naturbeherrschung

Die Frage nach den Grenzen der Produktion und Beherrschbarkeit von Natur wurden im Kontext Gesellschaftlicher Naturverhältnisse eingehend ausgearbeitet. Ausgehend von dem zuvor genannten dreifachen Vermittlungszusammenhang, der sowohl einen unaufhebbaren Zusammenhang als auch eine Differenz zwischen Gesellschaft und Natur betont, wird die Grundannahme formuliert, dass Natur über eine eigene Materialität verfügt, die sich darin äußert, „dass man von den ökologischen Bedingungen sozialer Reproduktion nicht beliebig abstrahieren kann“ (Görg 2003b, 124). Görg erfasst diese eigenständige Materialität von Natur und die Grenzen gesellschaftlicher Naturbeherrschung mit Adornos Begriff der „Nichtidentität“: Wie bei Adorno die Sachen nicht restlos in den Begriffen aufgehen, d.h. sich dem identifizierenden Denken immer ein Stück weit entziehen, so entzieht sich Natur durch ihre eigenständige Materialität einer vollständigen Beherrschbarkeit. Mit dieser Konzeption wendet sich Görg gegen konstruktivistische und naturalistische Naturbegriffe. Konstruktivistische Ansätze fokussieren die

Prozesse der symbolischen Konstruktion von Natur, beachten aber in unzureichendem Ausmaß materielle Praktiken und den Einfluss der Materialität der Natur auf soziale Prozesse (Jahn und Wehling 1998; Köhler und Wissen 2010). Indem diese Ansätze davon ausgehen, dass die Materialität der Natur nicht als solche, sondern immer nur über menschliche Vorstellungen und Konstruktionen von Natur erfasst werden kann, wird die Materialität der Natur zwar nicht prinzipiell bestritten, ihr aber auch keine Eigenständigkeit zuerkannt. Naturalistische Ansätze hingegen gehen von einer vollständig objektiven Gegebenheit von Natur aus, an die sich die Gesellschaft anpassen muss. Das Konzept Gesellschaftlicher Naturverhältnisse wendet sich insofern gegen eine naturalistische Perspektive, als diese die Existenz bestimmter „Zwangsgesetzlichkeiten im gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur“ (Görg 2003a, 44) suggerieren kann, wie beispielsweise die Annahme absoluter Tragfähigkeitsgrenzen in linearer Abhängigkeit vom Bevölkerungswachstum.

Im Gegensatz zu diesen beiden Naturbegriffen wird Natur im Konzept der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse als gesellschaftlich durchdrungen aufgefasst: Indem Menschen Natur begreifen und sich aneignen, wird sie verändert und produziert. Daher greift die Vorstellung einer Natur außerhalb von sozialer Praxis einerseits zu kurz, andererseits lässt sich Natur nicht beliebig durch soziale Praxis formen.

„So wie in der vergesellschafteten inneren Natur der Individuen ein Anderes, ein Vermitteltes erinnert werden muss, so auch in der gesellschaftlich angeeigneten äußeren Natur. In den Vermittlungszusammenhängen wird zwar Natur praktisch wie begrifflich konstruiert, gleichzeitig dabei aber immer auch ein Substrat der Konstruktion „formiert“, d.h. ein ‚Etwas‘ der gesellschaftlichen Formbestimmung (in allerdings historisch wechselnden Graden) unterworfen.“ (Görg 2003a, 49)

Zentral ist die Unterscheidung von Naturaneignung und Naturbeherrschung. Naturaneignung stellt eine Existenzbedingung menschlichen Lebens dar, der Mensch ist als „Naturwesen“ (Marx 1990 [1844], 578) Teil der Natur. „Die seiner Leiblichkeit angehörigen Naturkräfte, Arme und Beine, Kopf und Hand, setzt er in Bewegung, um sich den Naturstoff in einer für sein eignes Leben brauchbaren Form anzueignen.“ (Marx 1988 [1867], 192)

Der Mensch ist vom Austausch mit Natur abhängig, er eignet sich Natur an und verändert sie durch den stattfindenden Arbeitsprozess. Marx bezeichnet diesen „Stoffwechsel“ zwischen Mensch und Natur als „ewige Naturbedingung des

menschlichen Lebens und daher unabhängig von jeder Form dieses Lebens, vielmehr allen seinen Gesellschaftsformen gleich gemeinsam“ (ebd., 198). Der Begriff der Naturbeherrschung bezeichnet demgegenüber die für kapitalistische Gesellschaften charakteristische (selbst-)zerstörerische Form der Naturaneignung: Durch die herrschaftsförmige Aneignung von Natur wird diese nicht nur verändert, sondern ihre Reproduktionsbedingungen werden missachtet, gestört oder zerstört (Wissen 2011, 124).

Die Nichtbeachtung der Eigenständigkeit von Natur und ihrer spezifischen Reproduktionsbedingungen – d.h. Nichtidentität – ist eine zentrale Ursache der ökologischen Krise kapitalistischer Naturverhältnisse:

„Weder kann [...] Gesellschaft unabhängig von Natur thematisiert werden, da der soziale Prozess konstitutiv mit Natur vermittelt ist, noch zielt der geschichtliche Prozess auf eine immer umfassendere Kontrolle der Natur. Wohl beruht der Prozess der Moderne auf einem Anwachsen der Naturbeherrschung, doch diese Naturbeherrschung führt eben nicht zu einem Mehr an Kontrolle, sondern schlägt in die Destruktion der Natur und in immer größere Abhängigkeit von den Folge- und Nebenwirkungen der Naturbeherrschung zurück.“ (Brand und Görg 2003, 17)

Die Nichtidentität von Natur ist daher „immer nur in *historischen Konstellation* [sic] zu untersuchen; sie artikuliert sich nur in der *Erfahrung konkreter Situationen*“ (Görg 2003b, 122, Herv. i. O.). Die Naturbeherrschung basiert einerseits auf der für die Kritische Theorie zentralen „Herrschaft des Allgemeinen über das Besondere“¹² (Görg 2003b, 127) und andererseits auf den spezifischen Ausprägungen herrschaftsförmiger gesellschaftlicher Strukturmuster entlang von Klassen-, Geschlechter-, ethnizierenden und (post-)kolonialen Verhältnissen. Durch die soziale Herrschaft wird wiederum eine Illusion der Kontrolle über Natur vermittelt: „Erst die soziale Herrschaft ermöglicht mit der Distanz zur Natur die Ideologie ihrer vollständigen Beherrschbarkeit [...] als Abstraktion von allen besonderen Qualitäten.“ (Görg 2003a, 36) Hiermit verwehrt sich Görg auch gegen die von Vertreter_innen der Produktion-von-Natur-These hervorgebrachte Kritik, dass mit dem Begriff der Naturbeherrschung das Verhältnis von Gesellschaft und Natur naturalisiert, d.h. die soziale Vermittlung von Natur nicht ausreichend betrachtet wird.

12 Dahinter steht in der Kritischen Theorie die Überlegung, dass Aufklärung danach strebt, unhintergehbare Einzigartigkeit und Partikularität auf abstrakte Begriffe oder Zahlen zu bringen – genauso wie das Tauschprinzip dazu führt, alles Besondere in einem allgemeinen Äquivalent, dem Tauschwert, auszudrücken.

Mit Blick auf die Kritik einer Natur-Gesellschaft-Dichotomie gehen Vertreter_innen der Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT) noch einen Schritt weiter als das Konzept der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse: Bereits die Erwähnung der Begriffe Natur und Gesellschaft zeigt eine Kategorisierung und Trennung an. Die zentrale Annahme ist, dass das Natürliche und das Gesellschaftliche ko-konstitutiv sind (Latour 2002 [1995]). Entwickelt wurden Begrifflichkeiten und ein symmetrisierendes Beschreibungsvokabular, die gleichermaßen auf menschliche Wesen wie artifizielle Objekte angewandt werden. Die Dichotomie zwischen Natur und Gesellschaft, aber auch zwischen Subjekt und Objekt soll mittels der Konzepte von Aktant und Netzwerk überwunden werden. Latour betont, dass sich der Aktant vom Akteur insofern unterscheidet, als er eine Einheit darstellt, die im Rahmen komplexer Netzwerke „von vielen anderen *zum Handeln gebracht wird*“ (Latour 2007, 81, Herv. i. O.).

Die ANT weist gegenüber dem Konzept der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse allerdings zwei wesentliche Schwachstellen auf: Bestimmte Ausprägungen sozialer Verhältnisse können bei der Betrachtung einzelner Netzwerke zwar in den Blick genommen werden, die konzeptionelle Fixierung auf das Netzwerk verunmöglicht es jedoch, gesellschaftliche Macht- und Naturverhältnisse als solche zu analysieren (Castree 2002; Wissen 2011). Darüber hinaus verwirft die ANT mit der Identifizierung von Natur und Gesellschaft gerade den Begriff von Nichtidentität, der für das Verständnis und die Kritik von Naturbeherrschung im Konzept Gesellschaftlicher Naturverhältnisse zentral ist.

2.4 AKTUELLE ENTWICKLUNGEN UND ZEITDIAGNOSTISCHE KONZEPTE

Während im Konzept der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse Naturbeherrschung als kapitalistische Form der Naturaneignung auf einer hohen Abstraktionsebene konzeptualisiert wird, haben zeitdiagnostische Konzepte das Verständnis aktueller dominanter Formen der Nutzung und Aneignung natürlicher Ressourcen ausdifferenziert und weiterentwickelt. Diese Konzepte beleuchten, wie Natur und natürliche Ressourcen im Zuge ihrer Inwertsetzung in den kapitalistischen Akkumulationsprozess einbezogen werden und welche Formen Naturbeherrschung und -aneignung unter neoliberalen, post-fordistischen Bedingungen angenommen haben.

2.4.1 Die Inwertsetzung natürlicher Ressourcen

Altwater (1991) zufolge verläuft der Prozess der Inwertsetzung von Natur entlang von drei Dimensionen: Abgrenzung, Aneignung und Bewertung. Im ersten Schritt der Abgrenzung muss ein Stoff aus der Natur von anderen Bestandteilen gedanklich isoliert und auf seinen bestimmten Nutzen hin identifiziert werden. Die Aneignung in Form von Extraktion, d.h. die physische Isolierung, erfolgt in einem zweiten Schritt, der zugleich mit der Zerstörung oder zumindest mit einem Umstrukturierungsprozess seiner Umgebung einhergeht.¹³

Die daran anschließende Umwandlung natürlicher Ressourcen in handelbare, ökonomisch verwertbare Waren wird als Kommodifizierung bezeichnet. Die Kommodifizierung schließt die Etablierung von Märkten mit einer entsprechenden Infrastruktur, insbesondere auf der Grundlage von Transport- und Kommunikationstechnologien, mit ein. In einem letzten Schritt erfolgt die Monetarisierung, durch die natürliche Ressourcen mit einem Tauschwert versehen, vergleichbar und austauschbar werden (Altwater 1991; Altwater und Mahnkopf 2007).¹⁴ Die Durchsetzung von Inwertsetzungsprozessen setzt die Institutionalisierung bestimmter Rechts- und Eigentumsverhältnisse sowie die Regulierung, Bearbeitung und „herrschaftliche Absicherung“ von Verteilungskonflikten voraus (Görg und Brand 2001, 67; Köhler 2005.).

Görg (2004a) führt Altwaters (1991) begriffliche Unterscheidung von Inwertsetzung und Kommodifizierung, d.h. Vermarktlichung, weiter aus, indem er darauf hinweist, dass das Handeln mit Waren nicht notwendigerweise unter kapitalistischen Bedingungen stattfindet, so z.B. der Handel mit Saatgut auf lokalen Märkten. Demgegenüber beschreibt der Begriff der Inwertsetzung einen Prozess

13 In diesem Zusammenhang führt Görg (2003a) die Differenzierung zwischen einer fordistischen Umgangsweise mit Natur, in der Natur „als Ressource in Form klassischer Rohstoffe“ ausgebeutet wird, und einer postfordistischen Umgangsweise mit Natur, die auf einer „nachhaltigen“ Ausbeutung beruht (z.B. bei der Extraktion genetischer Informationen von Pflanzen), ein.

14 Castree (2003) identifiziert in seinem Modell weitere Eigenschaften, die ein Objekt bei seiner Kommodifizierung bzw. Inwertsetzung (Castree verwendet beide Begriffe synonym) annehmen kann. Dazu gehören „privatisation“, d.h. exklusive Eigentumstitel, „alienability“, d.h. physische Trennbarkeit der Waren von ihren Verkäufer_innen, „individuation“, d.h. diskursive und materielle Kontextherauslösung, „abstraction“, d.h. vergleichbare Klassen, „valuation“, d.h. Tauschwert und Bemessung in Geld, und „displacement“ (Castree 2003).

der vollständigen Unterwerfung nicht-kapitalistischer Verhältnisse unter den Imperativ kapitalistischer Verwertung.

Hintergrund von Altvaters Darstellung des Inwertsetzungsprozesses ist der Marx'sche Begriff der „sogenannten ursprünglichen Akkumulation“.¹⁵ Der in der kapitalistischen Produktionsweise grundlegende Akkumulationsprozess beruht auf der Aneignung des durch Lohnarbeit produzierten Mehrwerts. Unter dem Begriff der ursprünglichen Akkumulation wird demgegenüber ein weiterer zentraler Akkumulationsprozess erfasst, in dem Inwertsetzung und Aneignung nicht-kapitalistischer Produktionsformen durch das Kapital mittels Gewalt stattfinden (Harvey 2004, 195f.; Köhler 2005). Dies ist mit der räumlichen und/oder sozialen Ausweitung kapitalistischer Eigentums- und Produktionsverhältnisse auf Länder oder Bereiche, die diesen Verhältnissen zuvor noch nicht oder nicht vollständig unterworfen waren, verbunden (Luxemburg 1913). Entgegen der Auffassung, die sogenannte ursprüngliche Akkumulation sei lediglich für die Entstehungsphase der kapitalistischen Produktionsverhältnisse charakteristisch, hat eine Reihe von an Marx anschließenden Arbeiten darauf hingewiesen, dass die ursprüngliche Akkumulation weder einmalig noch abgeschlossen ist. Rosa Luxemburg bezeichnet die ursprüngliche Akkumulation dementsprechend als „inhärent-kontinuierlich[...]“, und Christian Zeller (2004, 12) begreift die ursprüngliche Akkumulation als einen „permanenten Charakterzug des Kapitalismus“ (vgl. u.a. Görg 2004b; De Angelis 2012).

Die fortlaufenden Prozesse der sogenannten ursprünglichen Akkumulation führen zur Privatisierung von Gemeingütern sowie zur damit verbundenen Durchsetzung und Restrukturierung kapitalistischer Naturverhältnisse. Die ursprüngliche Akkumulation als ein flexibles Konzept und weniger als eine historische Kategorie bildet daher einen Schlüssel für das Verständnis der Rekonfiguration des Verhältnisses zwischen kapitalistischen und nicht-kapitalistischen Produktionsweisen in Ländern des Globalen Südens (Brand und Görg 2000).

In Weiterentwicklung des Konzepts der ursprünglichen Akkumulation hat Harvey die Inwertsetzungsprozesse als strukturelle Bestandteile kapitalistischer Ökonomien mit seinem Konzept der Akkumulation durch Enteignung (*accumulation through dispossession*) gefasst. Dahinter steht die Grundannahme, dass der Kapitalismus strukturell zu Überakkumulation tendiert. Sobald sich Profite nicht

15 Marx beschreibt am Beispiel Englands den Prozess der gewaltvollen Trennung der Kleinbauern und Fischer von ihren Produktionsmitteln als historische Entstehungsbedingung der kapitalistischen Produktionsweise (MEW 23, 741–791).

mehr gewinnbringend investieren lassen, werden Überakkumulationskrisen hervorgerufen. „What accumulation by dispossession does is to release a set of assets (including labour power) at very low (and in some instances zero) cost. Overaccumulated capital can seize hold of such assets and immediately turn them to profitable use.“ (Harvey 2003, 149)

Um diese Überschüsse zu absorbieren (d.h. das Schaffen gewinnbringender Investitionsmöglichkeiten), bedarf es einer zeitlichen und/oder räumlichen Verschiebung von Kapital, sogenannter *spatio-temporal fixes* (Harvey 2004, 183). Investitionen in langfristige Projekte sowie die Erschließung neuer Absatz- oder Investitionsmärkte sind Beispiele für eine solche räumlich-zeitliche Verlagerung von Kapital. Einerseits sind es veränderte Raumstrategien und die Inwertsetzung neuer Räume, die dazu beitragen, dass Überakkumulationskrisen überwunden werden. Die ungleiche Entwicklung verschiedener Räume ermöglicht Marktexpansion durch die De- und Reterritorialisierung von Kapital, wodurch neue Raumkonfigurationen entstehen: „The geography of uneven development helps convert the crisis tendencies of capitalism into compensating regional configurations of rapid accumulation and devaluation.“ (Harvey 1999 [1982], 428)

Andererseits stellt die Bindung von Kapital durch Investitionen in die „gebaute Umwelt“¹⁶ eine Form der temporären Lösung bzw. Verschiebung von Überakkumulationskrisen dar. Durch Investitionen in die gebaute Umwelt, wie z.B. Straßennetze, werden gesellschaftliche Naturverhältnisse und Prozesse der Inwertsetzung, wie etwa fossiler Brennstoffe, langfristig strukturiert. Damit verbunden sind entsprechende Produktionsprozesse und bestimmte gesellschaftliche Arrangements (wie etwa Eigentumsrechte) sowie Deutungen und Normen auf einer diskursiv-symbolischen Ebene. Darauf verweist auch Harvey, wenn er schreibt:

„[A]ll ecological projects (and arguments) are simultaneously political-economic projects (and arguments) and vice versa. Ecological arguments are never socially neutral any more than socio-political arguments are ecologically neutral.“ (Harvey 1993, 25)

16 Mit dem Begriff „gebaute Umwelt“ (*built environment*) verweist Harvey auf unbewegliche Elemente, die als fixes Kapital im Produktionsprozess eingesetzt werden: „[F]actories, dams, offices, shops, warehouses, roads, railways, docks, power stations, water supply and sewage disposal systems, schools, hospitals, parks, cinemas, restaurants – the list is endless.“ (Harvey 1999 [1982], 233)

Aufgrund der so entstehenden langfristigen Vorstrukturierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse, wodurch die Vergangenheit in die Gegenwart bis hin in die Zukunft reicht, schlägt Köhler vor, in der polit-ökologischen Forschung einen „archäologischen Blick“ einzunehmen (Köhler 2008, 853f.). Das erfordert die Berücksichtigung historischer Veränderungen gesellschaftlicher Verhältnisse, die sich in die produzierte Natur einschreiben und gegenwärtige Bedingungen prägen.

2.4.2 Neoliberalisierung der Natur

Der Aufstieg des Neoliberalismus seit den 1970er-Jahren hat in jüngerer Zeit einige Autor_innen dazu veranlasst, von der Neoliberalisierung der Natur zu sprechen. Hierunter werden neue Politikformen und die Übertragung von Marktmechanismen auf den Umgang mit Natur verstanden. Ausgangspunkt ist die These, dass im Neoliberalismus die Natur eine zentrale Rolle in den Akkumulationsstrategien des Kapitals einnimmt und sich der Umgang mit Natur und der Zugang zu natürlichen Ressourcen verändern (Castree 2008a, 143). Heynen und Robbins (2005) identifizieren vier Politikformen, die das Gesellschaft-Natur-Verhältnis rekonfigurieren: (1) *governance*, d.h. die Integration privater Akteure in die Umweltpolitik, (2) Privatisierung natürlicher Ressourcen, d.h. die Übertragung exklusiver Nutzungsrechte in Form von Eigentumstiteln an private Akteure, (3) Einhegung (*enclosure*), d.h. die private Aneignung vormals öffentlicher Güter bei gleichzeitiger Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen (z.B. durch die Errichtung von Nationalparks), sowie (4) die monetäre Bewertung von Ökosystemen, d.h. der Versuch, den ökonomischen ‚Wert‘ von Natur und spiegelbildlich die Kosten von Umweltzerstörung monetär abzubilden (z.B. durch die Definition sogenannter Ökosystemdienstleistungen, wodurch etwa der ökologische Nutzen von Regenwaldflächen und die Kosten ihrer Abholzung monetär erfassbar gemacht werden sollen) (Heynen und Robbins 2005). Noel Castree (2008b), dessen Arbeiten in der Debatte über die Neoliberalisierung der Natur zum zentralen Referenzpunkt wurden, erfasst diese Strategien zur Durchsetzung und Sicherung der Inwertsetzung der Natur als „environmental fixes“.¹⁷

17 Castree unterscheidet hierbei ebenfalls vier Dimensionen auf der Grundlage teils abweichender Begrifflichkeiten: (1) die Übertragung des Umweltschutzes an den Markt (*free market environmentalism*), (2) Akkumulation durch Enteignung, d.h. die Erschließung neuer Bereiche der Naturaneignung durch private Akteure, (3) eine Verstärkung der Ausbeutung durch Ausweitung der Naturnutzungsrechte und (4) einen Rückzug des Staates bei gleichzeitiger Übertragung von Rechten an private Akteure (Castree 2008b).

Obwohl die Diskussion über die Neoliberalisierung der Natur das Verständnis der Mechanismen der Inwertsetzung von Natur entscheidend weiterentwickelt hat, wurden die darauf aufbauenden Analysen auch kritisiert, weil sie unterschiedliche, teils allgemein kapitalistische Prozesse wie Privatisierung, Kommerzialisierung, Deregulierung und Reregulierung unter dem Begriff der Neoliberalisierung zusammenfassen. Dadurch, so die Kritik, bleibe das Spezifische an unterschiedlichen neoliberalen Formen der Naturaneignung unbestimmt (Bakker 2007). Er-sichtlich wird dies beispielsweise in der Studie von Swyngedouw (2007) zur Wasserregulierung in Ecuador, in der er zeigt, dass sich aktuelle Entwicklungen Gesellschaftlicher Naturverhältnisse nicht auf den Neoliberalismus als Erklärung reduzieren lassen, sondern die Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge im Kontext längerer historischer Zeiträume entschlüsselt werden müssen.

2.4.3 Der regulationstheoretische Begriff der „postfordistischen Naturverhältnisse“

Um strukturelle Veränderungen im Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur innerhalb kapitalistischer Entwicklung, d.h. vor dem Hintergrund unterschiedlicher kapitalistischer Phasen und Entwicklungsweisen, präziser zu erfassen, haben Ulrich Brand und Christoph Görg mit dem Begriff „postfordistische Naturverhältnisse“ (Brand und Görg 2003) eine Periodisierung in das Konzept der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse eingeführt. Der Begriff des Postfordismus bezeichnet hierbei die kapitalistische Entwicklungsweise, welche sich im Anschluss an den sogenannten Fordismus¹⁸ der Nachkriegszeit in den westlichen Industriestaaten seit den späten 1970er-Jahren herausbildete. Postfordismus bezieht sich insofern auf den gleichen Zeitraum wie die Diskussion über die Neoliberalisierung der Natur, legt jedoch einen anderen analytischen Schwerpunkt: Mit dem Konzept der „postfordistischen Naturverhältnisse“ vertreten Brand und Görg die These, dass neue Akkumulationsstrategien, die mit neuen Wissensformen und mit neuen Konflikten einhergehen, auch neue Regulierungsformen hervorbringen, welche sich in internationalen Abkommen und Formen von *environmental governance* widerspiegeln. Stärker als in der angelsächsischen Diskussion über die Neoliberalisierung der Natur geraten somit die widersprüchlichen Formen der Vergesellschaftung im Kontext der Naturaneignung in den Fokus der Analyse.

18 Der Begriff Fordismus bezieht sich auf die Durchsetzung standardisierter Massenproduktion seit den 1930er-Jahren ausgehend von den USA, für die die Produktionsorganisation des Automobilproduzenten Henry Ford als besonders typisch angesehen wird.

Obwohl sich gewisse allgemeine Merkmale von Naturbeherrschung durch alle Phasen kapitalistischer Entwicklung ziehen, wie beispielsweise die Kommodifizierung von Natur, lassen sich auch phasenspezifische Formen der Naturbeherrschung unterscheiden. Ein Beispiel dafür ist die Entwicklung der Biotechnologie und der Bedeutung genetischer Ressourcen für die pharmazeutische bzw. die Saatgutindustrie im Rahmen postfordistischer Naturverhältnisse. Im Unterschied zu fossilen Ressourcen geht die Nutzung genetischer Ressourcen nicht notwendigerweise mit ihrer materiellen Veränderung bzw. Zerstörung einher. Im Gegenteil bedarf es gerade ihres Schutzes, um sie ökonomisch zu verwerten: „*Schutz der Natur*, so ließe sich diese Transformation umschreiben, findet nicht mehr in Kontrast zu Formen ihrer kapitalistischen Nutzung statt, sondern als ein *inhärentes Element ihrer Inwertsetzung*.“ (Görg 2003c, 286, Herv. i. O.)

Die fordistische Ressourcenaneignung kann daher eine Bedrohung für die postfordistische bilden, wie ein Vorgriff auf meinen empirischen Untersuchungsgegenstand verdeutlicht: Wenn Wald großflächig abgeholzt wird, um das Holz zu verwerten und zugleich neue Flächen für den Anbau von Ölpalmen zu gewinnen, geht biologische Vielfalt verloren. Dieser Verlust läuft den Interessen der pharmazeutischen Industrie zuwider. Andererseits kann die Errichtung von Schutzgebieten zum Erhalt der Biodiversität die Akkumulationsmöglichkeiten von Ölpalmplantagenunternehmen einschränken. Hier treten Interessengegensätze unterschiedlicher Kapitalfraktionen zutage. Wie dieses Beispiel zeigt, lässt das Konzept der postfordistischen Naturverhältnisse offen, ob sich stabile postfordistische Naturverhältnisse und eine damit verbundene kohärente postfordistische Regulationsform durchgesetzt haben oder ob vielmehr fordistische und postfordistische Regulation parallel existieren.¹⁹

2.5 STAAT UND TERRITORIALISIERUNG

Der Staat nimmt eine herausgehobene und komplexe Rolle im Vermittlungsverhältnis zwischen Gesellschaft und Natur ein. Mittels unterschiedlicher

19 Brand und Wissen (2011a) konstatieren einen zunehmenden Widerspruch zwischen der Wahrnehmung der ökologischen Krise und deren Nichtbearbeitung, wodurch es zur Fortsetzung einer „imperialen Lebensweise“ im Globalen Norden und einer zunehmenden Verbreitung dieser in Ländern des Globalen Südens kommt. Damit verbunden sind eine zunehmende Ausbeutung der Natur und eine Verschlechterung der Lebensbedingungen vieler Menschen in Ländern des Globalen Südens (Brand und Wissen 2017).

Maßnahmen wie beispielsweise Gesetze, Verordnungen oder Infrastrukturentscheidungen sowie als Produzent und Verwalter von Wissen greift er unmittelbar in das Gesellschaft-Natur-Verhältnis ein. In der angelsächsischen *political ecology*-Debatte wurde der Staat bis Ende der 1990er-Jahre oft vereinfacht als ein Akteur unter anderen konzipiert und im Allgemeinen wenig beachtet. Seither wurden institutionelle Fragen und das Verhältnis von staatlicher Macht und der Kontrolle über natürliche Ressourcen zunehmend stärker berücksichtigt. Hierzu beigetragen haben insbesondere Paul Robbins (2008) und James Scott (1998), die in ihren Arbeiten gezeigt haben, wie es dem Staat gelingt, mittels Kartografie oder mithilfe politischer Maßnahmen zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität (z.B. „Grüne Revolution“) zunächst Natur symbolisch zu produzieren, um sie anschließend ökonomisch verwertbar zu machen. Zentral ist hierbei die Annahme, dass der Staat mit dem Ziel der Neuordnung von Natur und Gesellschaft aufgrund der ihm eigenen Verwaltungsrationalität einen Prozess der „Simplifizierung“ von Natur durchsetzt, wodurch bestimmte Formen der Landnutzung unsichtbar gemacht und in der Folge auch materiell eliminiert werden (Scott 1998).

Im weiteren Verlauf der Debatte hat Roderick Neumann (2004) argumentiert, dass Staaten sich über die Kontrolle über Territorium und Natur konstituieren:

„[T]hese proprietary claims and the process of mapping, bounding, containing and controlling nature and citizenry are what make a state a state. States come into being through these claims and the assertion of control over territory, resources, and people.“ (Neumann 2004, 202)

Nancy Peluso und Paul Vandergeest haben die räumlichen Strategien des Nationalstaates zur Ausübung von Kontrolle über Naturressourcen und die Bevölkerung mit dem für diese Arbeit zentralen Begriff der Territorialisierung beschrieben (1995, 385). Territorialisierung meint hierbei zunächst, dass Zugangs- und Nutzungsrechte über natürliche Ressourcen mithilfe staatlicher Institutionen und Regulierungen durchgesetzt werden. Zugleich werden Bevölkerungsgruppen kontrolliert und in bestimmte Räume einbezogen oder ausgegrenzt: „[T]erritorialization entails practices of enclosure, not only of rural peasants' lands, but also of the authority to determine who can accumulate from them.“ (Corson 2011, 704) Die territorialen Ordnungs- und Kontrollstrategien des Staates setzen sich in der Regel jedoch nicht bruchlos durch, sondern werden von unterschiedlichen Akteurskonstellationen infrage gestellt: Private Akteure, soziale Bewegungen, NGOs oder Kleinbäuerinnen und Kleinbauern erheben eigene Landansprüche, denen Geltung zu verschaffen sie auch auf internationaler Ebene versuchen.

Mark Whitehead, Rhys Jones und Martin Jones (2007) haben in ihren Analysen gezeigt, wie der Staat in die Raumordnung und Landnutzung eingreift. Dafür haben sie den Begriff „Framing“ verwendet, mithilfe dessen sie die symbolische und materielle Herauslösung bestimmter Teile von Natur (z.B. mittels der Erhebung von Landnutzungsformen und Zentralisierung von lokalem Wissen als Voraussetzung für staatliche Intervention in Raumordnung und Landnutzung) durch den Staat erfassen. In der deutschsprachigen Debatte zu Gesellschaftlichen Naturverhältnissen haben Brand und Görg (2003) sowie Wissen (2011) einen umfassenden Staatsbegriff in der Tradition der materialistischen Staatstheorie eingeführt, indem sie den Staat im Anschluss an Nicos Poulantzas' nicht primär als Akteur, sondern als herrschaftsförmiges Konfliktterrain verstehen. Poulantzas' Konzeption des Staates als „materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen zwischen Klassen und Klassenfraktionen“ (2002, 159) erlaubt es, den Staat zugleich als Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, als Konfliktterrain und als Akteur, der in diese Auseinandersetzungen eingreift, zu begreifen.

Mit diesem erweiterten Staatsbegriff in der Tradition der materialistischen Staatstheorie lässt sich genauer beleuchten, wie sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse in den Staat einschreiben:

„Dies [die Einschreibung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse in die Staatsapparate, Anm. A. B.] begründet die strukturelle Selektivität staatlicher Problemwahrnehmungen und staatlichen Handelns und die Tatsache, dass der Staat zur Konstitution von Interessen auf eine Weise beiträgt, die die Regulation und Reproduktion widersprüchlicher sozialer Verhältnisse ermöglicht.“ (Wissen 2011, 129)

Die Konzeption des Staates als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen deutet zudem daraufhin, dass sich gewisse Problemdefinitionen und Interessen dominanter Akteure gegenüber anderen durchsetzen. Bob Jessop (2009) betont in seinem strategisch-relationalen Ansatz die strategische Selektivität des Staates, d.h. die Mechanismen der Filterung und Priorisierung gegenüber den Forderungen sozialer Akteure, die an ihn herangetragen werden. Das Verhältnis zwischen Staat und Akteuren ist von Strategien bestimmt: „The state could be seen as the site, the generator and the product of strategies.“ (Jessop 2009, 35) Aufgrund der strukturellen Übermacht des Kapitals tragen die vom Staat bevorzugten Strategien in der Regel dazu bei, dass die Akkumulation des Kapitals sichergestellt wird. Der Staat setzt sich aus unterschiedlichen Staatsapparaten (Wirtschaftsministerium, Landwirtschaftsministerium etc.) zusammen, die von unterschiedlichen Strategien geprägt sind, die jeweils eine historisch begründete Selektivität aufweisen.

Der Staat kann insofern nicht als Instrument der herrschenden Klasse oder einzelner Interessengruppen betrachtet werden: Um als Terrain der Konfliktaustragung zu fungieren, bedarf der Staat einer relativen Autonomie gegenüber der Gesellschaft und ihren Kräften. Je stärker die Interessenunterschiede innerhalb dominanter Akteursgruppen sind, umso weniger können diese Gruppen in der Regel die staatlichen Institutionen gezielt in eine Richtung lenken, und umso größer ist folglich die relative Autonomie des Staates.

Auf diese Weise stellt der Staat die Rahmenbedingungen für die kapitalistische Produktion und Reproduktion der Gesellschaft her, ermöglicht die Kommodifizierung der Natur und unterstützt die Kapitalakkumulation einzelner Akteure oder Gruppierungen. Zugleich impliziert diese Konzeptualisierung des Staates ein Verständnis von Hegemonie im Anschluss an Antonio Gramsci als konsensbasierten Herrschaftstypus: Bestimmte Problemdefinitionen und Wahrnehmungen werden verallgemeinert und leiten das Handeln der Subalternen an, gesellschaftliche Konflikte werden auf vordefinierten und gesellschaftlich akzeptierten Konfliktterrains ausgetragen. Die Herstellung und Aufrechterhaltung von Hegemonie werden durch materielle Zugeständnisse und von unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Institutionen unterstützt, die Gramsci folgend als Teil des „integralen Staates“ bezeichnet werden können²⁰ (GH 4 §38, 498f.). Dieser Hegemoniebegriff impliziert auch, dass widersprüchliche sozioökonomische Verhältnisse nicht zwingend als gesellschaftliche Konflikte auftreten. Wo Akteure sich gegen bestehende Verhältnisse äußern und diese zu verändern versuchen, werden Konflikte jedoch manifest. Ob latente Konflikte manifest werden und welche Formen sie annehmen, ist davon abhängig, wie sich die Interessen und Strategien der jeweiligen Akteure konkret organisieren, und lässt sich nicht allgemein bewerten, sondern bedarf einer empirischen Untersuchung (Brand 2010, 240).

In der gesellschaftlichen Regulierung von Naturverhältnissen hat in den letzten Jahrzehnten durch Verschiebungen der Machtverhältnisse neben der nationalstaatlichen Ebene auch die lokale sowie die transnationale und internationale Ebene zunehmend an Bedeutung gewonnen. Im Zuge dessen haben sich komplexe Regierungsformen entwickelt. Damit die Regulation gelingt, bedarf es einer „Reorganisation des Staates auf unterschiedlichen Ebenen“, denn die globale

20 In der Herstellung und Aufrechterhaltung von Hegemonie schließt der Staat ständig Kompromisse zwischen der herrschenden Klasse und den Subalternen. Auch innerhalb der Zivilgesellschaft werden Kompromisse immer wieder neu verhandelt. Um politische Projekte durchzusetzen, ist es für die Herrschenden notwendig, das Alltagsbewusstsein der Menschen anzusprechen, das über Politik, Familie, pädagogische und religiöse Institutionen etc. beeinflusst wird.

kapitalistische Ordnung ist in unterschiedliche Reproduktionsräume fragmentiert, in denen Kompromisse und Bündnisse geschlossen werden und die sich aufgrund der jeweils spezifischen Einbindung in den Weltmarkt unterscheiden (Brand et al. 2007, 222). Diese aktuellen Veränderungen von Staatlichkeit werden in der materialistischen Staatstheorie als „Transnationalisierung“ bzw. „Internationalisierung des Staates“ diskutiert (vgl. u.a. Demirović, 2011; Brand, Görg und Wissen, 2007). Für meinen Forschungsgegenstand besonders relevanteist hierbei der Aspekt der Internationalisierung, im Zuge derer unter anderem internationale Wettbewerbsfähigkeit als nationales Interesse reformuliert wird (Hirsch 1995). Die Orientierung an internationaler Wettbewerbsfähigkeit bedeutet, dass „Sachzwänge“ des Weltmarktes „become integrated into the policy paradigms and cognitive models of domestic policy-makers“ (Jessop 2004, 66). Infolgedessen wurden die Herstellung optimaler Bedingungen für Kapitalverwertung und das Bereitstellen von Anreizen für Investitionen, um globale Absatzmärkte für inländische Produkte zu gewinnen, zu übergeordneten nationalen Politikzielen erhoben. Im Falle von peripherer Weltmarktintegration haben diese „Sachzwänge“ des Weltmarkts ein besonders starkes Gewicht (vgl. Schneider 2017, 95–120).

2.6 PERIPHERE WELTMARKTINTEGRATION UND STAATLICHKEIT

In der jüngeren deutschsprachigen Debatte hat Joachim Becker (2008) eine Systematisierung zentraler allgemeiner Merkmale peripherer Staatlichkeit vorgelegt. Becker stützt sich hierbei konzeptionell vor allem auf Jessops (2002) Konzept der strategischen Selektivität sowie auf Tilmann Evers' (1977) Studie zur bürgerlichen Herrschaft in der „Dritten Welt“, in der Evers die ökonomische Außenorientierung und die sozialstrukturelle Heterogenität, d.h. insbesondere das Fortbestehen einzelner Aspekte vorkapitalistischer neben kapitalistischen Produktionsweisen, als spezifische Charakteristika peripherer Staaten hervorhebt. Becker unterscheidet zwischen einer aktiven Extraversion, d.h. einer Exportorientierung, und einer passiven Extraversion, d.h. einer Importabhängigkeit mit Blick auf Handel und Kapital. Periphere und semiperiphere Staaten weisen in der Regel eine passive Extraversion aufgrund der strukturellen Abhängigkeit vom Import von Technologien aus dem Globalen Norden auf, auch wenn sie zugleich oftmals aus dem Export natürlicher Ressourcen Handelsüberschüsse erzielen können (Becker 2008). Charakteristisch für periphere Ökonomien ist darüber hinaus der Einfluss ausländischen Kapitals auf Schlüsselsektoren der Wirtschaft, insbesondere auf

den häufig lukrativen Rohstoffsektor. Bereits Dependenztheoretiker_innen wie Fernando Cardoso und Enzo Faletto (1976) oder Evers (1977) haben in ihren Arbeiten gezeigt, welchen Einfluss das Auslandskapital auf periphere Ökonomien hat. Durch eine „Internalisierung der externen Interessen“ in lokale gesellschaftliche Prozesse sind die Interessen des ausländischen Kapitals in den peripheren Ökonomien präsent (Cardoso und Faletto 1976, 218). Die Wirtschaftspolitik (z.B. Steuern, Strukturmaßnahmen, Subventionen) wird stark durch die Interessen des Auslandskapitals konditioniert, oftmals vermittelt durch internationale Organisationen. Diese ökonomischen Verwertungsinteressen schreiben sich in die lokalen Strukturen ein und erzeugen dort Zwänge.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit bedingt insofern auch eine politische Abhängigkeit auf nationalstaatlicher und lokaler Ebene, ohne jedoch deren Handlungsspielräume restlos zu determinieren. So kann es zwischen dem internationalen Kapital und der herrschenden lokalen Klasse, je nach Interessenlage und Akkumulationsbasis, zu Konflikten oder zu Bündnisbildungen kommen. Tendenziell gilt jedoch, dass periphere Nationalstaaten von internationalen Finanzagenturen mit öffentlichen Krediten, privatem Auslandskapital und Hilfsprogrammen (administrativen, finanziellen, technischen oder militärischen) nur so lange unterstützt werden, solange die Interessen des internationalen Kapitals nicht verletzt werden (Evers 1977).

Eine spezifische Form der Extraversion peripherer Staaten bildet der „(Neo-) Extraktivismus“ (Burchardt und Dietz 2014; Gudynas 2010; Svampa 2012), also die Wiederbelebung eines rohstoffbasierten Entwicklungsmodells in der Peripherie, das sich vom Extraktivismus früherer Phasen insofern unterscheidet, als die dadurch erzielten Einnahmen zumindest teilweise sozialpolitisch eingesetzt werden. Zugleich sind mit (neo-)extraktivistischen Strategien und der Weltmarkt-orientierung in der Peripherie Prozesse der Akkumulation durch Enteignung verbunden, die politisch mit der Notwendigkeit einer erfolgreichen Weltmarktintegration gerechtfertigt werden (Gellert 2010). In seiner Analyse zu Indonesien hat Paul Gellert (2010) gezeigt, wie der Staat nach einer Phase der importsubstituierenden Industrialisierung und Binnenmarktentwicklung in den 1950er- und 1960er-Jahren ab den 1970ern die Exportorientierung und Einbindung in den Weltmarkt im Zuge des Globalisierungsprozesses förderte. Die zunehmende Produktion von Palmöl und anderen *cash crops* sind ein Beispiel dafür, dass die Extraktion von Rohstoffen für den Export als Entwicklungsstrategie wieder aufgegriffen wurde.

Die Einbindung peripherer Ökonomien in den Weltmarkt ist von struktureller Heterogenität gekennzeichnet (Becker 2008). Der Begriff der strukturellen Heterogenität bezieht sich einerseits auf die Verknüpfung von vorkapitalistischen und

kapitalistischen Produktionsweisen. So ist beispielsweise die Kombination von landwirtschaftlicher Subsistenzproduktion und kapitalistischer Lohnarbeit eine oft praktizierte Form der Unterhaltssicherung und führt zu „hybriden Klassenverhältnisse[n]“ (ebd., 16). Andererseits bezieht sich strukturelle Heterogenität auf die marginalisierte städtische Bevölkerung, die keiner Lohnarbeit nachgeht, sondern Kleinhandel etc. betreibt. Sie steht damit im Gegensatz zu Lohnarbeiter_innen, die streiken können und aufgrund ihres höheren Einkommens eine wesentliche Nachfragequelle für die kapitalistische Produktion bilden. Aufgrund dieser strukturellen Heterogenität existiert in Staaten der Peripherie nur eine begrenzte Hegemoniefähigkeit im Sinne Gramscis: Die Zivilgesellschaft ist nur schwach ausgeprägt, die Spielräume und die soziale Reichweite für materielle Zugeständnisse sind gering. Daher überwiegen klientelistische Praktiken und Strategien, die auf eine Kontrolle über Staatsapparate abzielen (Becker 2008).

Die Entwicklung des Staates im Globalen Süden steht in engem Zusammenhang mit der Einbindung in den Weltmarkt und mit der strukturellen Heterogenität. Wie für viele Staaten im Allgemeinen sind auch im Fall von Indonesien die Struktur und die Reproduktion des Staates direkt mit der Extraktion und der Inwertsetzung natürlicher Ressourcen verbunden. Dadurch sind auf dem Terrain des Staates unterschiedliche interne und externe Interessenfraktionen mit ihren jeweiligen politisch-ökonomischen Strategien präsent. Politik in Ländern des Globalen Südens bedeutet jedoch „nicht die Umsetzung externer Interessen, sondern eine „Übersetzung“ internationaler politischer Vorgaben“ oder hegemonialer Projekte durch innere Kräfteverhältnisse (Lenner 2008, 69; vgl. Poulantzas 1977). Für die vorliegende Arbeit ist besonders der Einfluss internationaler Organisationen von zentraler Bedeutung, welche mithilfe der Liberalisierung der Handelsbeziehungen den Export von Agrargütern, insbesondere die Expansion des Palmölsektors, erleichterten und forcierten.

2.7 SCALE-DEBATTE: RÄUMLICHE DIMENSIONEN DER NATURBEHERRSCHUNG

Gegenstand des vorangegangenen Kapitels waren die sozialen und symbolisch-diskursiven Produktionsprozesse von Natur als physisch-materielle Bedingung von Gesellschaft und die Konzeptualisierung des Staates als soziales Verhältnis sowie als zentrale Vermittlungsinstanz im Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft. Um zu erfassen, wo und in welcher Weise wichtige Restrukturierungsprozesse, die mit gesellschaftlichen Naturverhältnissen und den damit verbundenen Konflikten im Kontext der Palmölproduktion einhergehen,

stattgefunden haben, bedarf es einer Präzisierung der Raumdimension. In Bezug auf meinen Forschungsgegenstand sind insbesondere die staatlichen Transformationsprozesse in ihren verschiedenen, skalaren, territorialen und physisch-materiellen Raumdimensionen von zentraler Bedeutung. Diese werden in der *Scale*-Debatte konzipiert, die ich als Forschungsheuristik verstehe (Brand 2008) und im Folgenden den Ausgangspunkt für weitere Überlegungen zum Raumbe-griff bildet. Anschließend wende ich mich der Frage zu, welche Rolle Machtverhältnisse in den sogenannten *Politics of Scale* spielen, und diskutiere die Verknüpfungspunkte zwischen Politischer Ökologie und *Scale*-Debatte.

2.7.1 Die gesellschaftliche Produktion von Raum

„Society and social space are about each other, they contain each other.“ (Swyngedouw 1992a, 317)

Seit den 1990er-Jahren findet eine intensiviertere sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Räumlichkeit gesellschaftlicher Entwicklungen statt. Edward Soja (1998) hat dafür den Begriff *spatial turn* verwendet, demzufolge Raum als ein „neues transdisziplinäres Großparadigma“ in „seiner sozialen Produktion und seinem strukturierenden Wirken auf soziales Handeln“ (Wissen 2011, 10) erfasst wird. Die Kategorie *Scale* wird dabei „nicht kartografisch“ oder als objektiv Gegebenes und zu Vermessendes, „sondern vielmehr als gesellschaftliches Konstrukt“ verstanden (Mahon und Keil 2008, 39). Ein wichtiger Bezugspunkt der *Scale*-Debatte ist Henri Lefebvres Aufsatz „The Production of Space“ (1991), in dem der Raum nicht nur als Medium, sondern auch als Produkt betrachtet wird. Raum wird gesellschaftlich produziert, zugleich ist er aber das Medium, das gesellschaftliche Verhältnisse strukturiert und dadurch letztlich reproduziert. Daher kann Raum verändernd auf die Prozesse seiner Herstellung und damit einhergehende gesellschaftliche Verhältnisse einwirken: „[J]ede Gesellschaft, und damit jede Produktionsweise mit ihren Subvarianten (das heißt, alle jene Gesellschaften, die Ausdruck des generellen Konzepts sind), produziert einen Raum, ihren eigenen Raum.“ (Lefebvre 1991, 31)

Diese Grundannahmen implizieren, dass räumliche Nutzungen sowie Zugangsbedingungen zu Raum umkämpft und von gesellschaftlichen Machtverhältnissen durchdrungen sind. So bildet beispielsweise die Kartografie nicht nur Territorialisierungen ab, sondern dient zugleich als Instrument, mit dem Raum-Macht-Prozesse gesteuert oder Machtinteressen gegebenenfalls gewaltsam

durchgesetzt werden können. Auch sind räumliche (Re-)Dimensionierungen zugleich Ausdruck von gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen, Kräfteverhältnissen und Diskursen. Raum wird also gleichzeitig von Gesellschaft geformt und wirkt formgebend auf diese Gesellschaft ein. Als einer der wichtigsten Vertreter dieses dialektischen Verständnisses von Raum und Gesellschaft kritisierte Harvey bereits in seinem früheren Werk das deterministische Verhältnis zwischen Raum und dem Sozialen: „[I]t is unnecessarily naïve to think in terms of simple causal relationships between spatial form and social process (whichever way we choose to point the causal arrow).“ (Harvey 1997, 46)

Dies gilt auch für das Verhältnis von sozialen und räumlichen Konflikten. Wie Wissen (2011) argumentiert, erscheinen „soziale Konflikte oft als räumliche Konflikte“, d.h. dass sie „politisch und wissenschaftlich in räumlichen Kategorien gedacht und dadurch (symbolisch) zu bearbeiten versucht werden“ (ebd., 14). Im Rahmen dieser Arbeit werde ich diesen Zusammenhang insbesondere mit Blick auf die Verteilungskonflikte zwischen räumlich-definierten Verwaltungseinheiten wie der Zentralregierung und den einzelnen Provinzen und Distrikten in Indonesien herausarbeiten: Hinter der vordergründigen Konkurrenz um finanzielle Ressourcen zwischen Ebenen von Staatlichkeit verschwindet der soziale Gehalt (wie z.B. Klassen- oder Geschlechterverhältnisse) dieser Auseinandersetzung. Für die vorliegende Arbeit ist es daher von zentraler Bedeutung, Raum nicht als „verdinglichte Kategorie“ (Belina 2008, 84f.), sondern (neben der zeitlichen) als eine wesentliche Dimension sozialer Realität zu begreifen, „deren konkrete Ausformung [...] ein wichtiges Moment von Herrschaft und Emanzipation darstellt“ (Wissen 2011, 15).

2.7.2 Ursprünge und staatstheoretische Weiterentwicklung der *Scale*-Debatte

Die *Scale*-Debatte hat ihren Ursprung im angloamerikanischen Umfeld der Humangeografie. Sie lässt sich eher als Debatte (Marston 2000) bzw. als Forschungsheuristik (Brand 2008, 169) denn als eine geschlossene Theorie begreifen.

Die *Scale*-Debatte wendet die Einsichten von Lefebvres auf eine bestimmte Raumdimension, nämlich die räumliche Maßstäblichkeit sozialer Prozesse, an. Damit wird das Konzept der Produktion von Raum erweitert und differenziert: Räumliche Praktiken werden nicht als „positioned *within* fixed geographical scales“ (Brenner 1998, 459, Herv. i. O.) verstanden, sondern die „räumlichen Maßstäbe selbst als Gegenstand und Ergebnis sozialer Praktiken, mithin als gesellschaftlich produziert, konzeptualisiert“ (Wissen 2001, 99). Zugleich haben räumliche Maßstabebenen, ob symbolisch oder als physisch-materielle Einheit

konzipiert, eine strukturierende Wirkung auf gesellschaftliche Verhältnisse und beeinflussen das soziale Handeln. „Scalar structuration is a dimension of sociospatial processes – i.e. the structuring of scales is best understood as an outcome of sociospatial processes (e.g. capitalist production, state regulation) rather than as an inherent property of societal spatiality.“ (Brenner 2001, 604)

Peter Taylor und Neil Smith waren die ersten Autoren, die räumlich-politökonomische Theorien entwickelten. Aufbauend auf Immanuel Wallersteins (1974) Weltsystemtheorie analysierte Taylor (1982) in seinem Aufsatz „A Materialist Framework for Political Geography“ die Rolle von verschiedenen räumlichen Ebenen im globalisierten Wirtschaftssystem. Smith (1984) erweiterte in seinem Buch „Uneven Development. Nature, Capital and the Production of Space“ das *Scale*-Konzept, indem er den Einfluss der ungleichen Entwicklung in der Kapitalakkumulation auf die Produktion verschiedener Maßstabebenen betrachtete. Zwischen unterschiedlich entwickelten Regionen gibt es eine territoriale Arbeitsteilung. Diese wird in Krisenzeiten durch die räumliche und sektorale Verlagerung von Kapital reorganisiert, was als *scalar fixes* bezeichnet wird. Die konkurrierenden Interessen unterschiedlicher Kapitalfraktionen werden auf spezifischen gesellschaftlich produzierten räumlichen Handlungsebenen ausverhandelt. Smith zufolge sind globale, nationale und lokale Maßstabebenen ein Produkt des dem Kapitalismus inhärenten Widerspruchs von Angleichung und Differenzierung²¹ (Smith 1984; vgl. Wissen 2011).

Während sich die frühen *Scale*-Theoretiker_innen in ihren Analysen auf die Kapitalakkumulation konzentrierten, hat Andrew Herod (1991) die Bedeutung von *Scale* in US-amerikanischen Arbeitskämpfen aufgezeigt und eine Berücksichtigung von Geschlechterverhältnissen und sozialen Kämpfen in *Scale*-Analysen gefordert. In ähnlicher Weise hat Erik Swyngedouw (1997, 2004, 2007, 2010) in seinen Arbeiten die Rolle von sozialen Kräfte hervorgehoben und die Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Akteuren um die Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse betont.²² Hier lassen sich auch die Arbeiten von

21 Der inhärente Widerspruch besteht darin, dass das Kapital an spezifischen Orten zur Produktion eingesetzt und somit fixiert wird, aber gleichzeitig mobil bleiben muss, um günstige Produktionsbedingungen an anderen Orten auszunutzen.

22 Zu Kontroversen innerhalb der *Scale*-Debatte hat insbesondere die Kritik von Marston, Jones und Woodward (2005, 419) geführt: Aus einer poststrukturalistischen Perspektive heraus argumentieren sie, dass dem *Scale*-Konzept eine hierarchische Betrachtung sozialer Verhältnisse zugrunde liegt (*foundational hierarchy*), wodurch emanzipatorische Möglichkeiten sozialen Handelns ausgeblendet werden. Die Autor_innen schlagen

Bettina Köhler (2008a), James McCarthy (2005) und Markus Wissen (2011) einordnen. Zu diesem politikwissenschaftlichen *spatial turn* haben insbesondere Bob Jessop, Robert Brenner und Martin Jones (2008) beigetragen, die in Anlehnung an Lefebvres unterschiedliche Raumdimensionen *Scale* als wichtiges Moment von Herrschaft und Emanzipation betrachten. Im Gegensatz zu früheren Konzepten wurde die Raumdimension *place*, z.B. eine Region, eine Stadt, ein ländliches Gebiet, nicht länger als eine gegebene, stabile Größe, sondern als das Ergebnis verschiedener sozialer Verhältnisse betrachtet. Zudem wurden die Veränderungen territorialer Organisationsformen von Staatlichkeit und politischer Macht herausgearbeitet. Die skalare (maßstäbliche) Raumdimension, d.h. die Differenzierung und die Verschränkung unterschiedlicher räumlicher Ebenen, rückte in den Vordergrund der Untersuchungen, und die Multiskalarität sozialer Verhältnisse wurde betont. Schließlich wurde die Raumdimension „Netzwerk“ verstärkt fokussiert. Netzwerke verbinden Orte, die zu verschiedenen Territorien gehören, auf unterschiedlichen Maßstabsebenen. Sie unterscheiden sich von Territorien insofern als „networks span space but do not cover it“ (Leitner et al. 2012, 287; vgl. Wissen 2011).

Die *Scale*-Debatte wurde von Neil Brenner staatstheoretisch erweitert, indem er auf den strategisch-relationalen Ansatz der Staatstheorie von Bob Jessop (1990) zurückgriff und diesen raumtheoretisch fundierte. In sozialen Kämpfen zwischen gesellschaftlichen Akteuren werden staatliche Ebenen rekonfiguriert. Im Anschluss an Jessops Begriff des *state project* (Jessop 1990, 8), welcher die umkämpfte Kohärenz staatlicher Institutionen beschreibt, entwickelt Brenner den Begriff des *state spatial project*. Dieser beschreibt die skalare Struktur des Staates

eine *flat ontology* von *social sites* als Gegenkonzeption vor. Dieser liegt eine prozessorientierte Sichtweise zugrunde, die existierende Strukturen anerkennt, ohne von strukturierenden Prinzipien wie der Kapitalakkumulation auszugehen. Die Vorstellung von Raum bei Marston, Jones und Woodward ist insofern eine nicht-hierarchische, horizontal gegliederte: Räumlichkeit von Gesellschaft wird als dynamisches Verhältnis und nicht als skalare Hierarchie betrachtet (Marston et al. 2005). Wissen (2011) wendet ein, dass in der jüngeren *Scale*-Debatte Struktur als „Voraussetzung und Implikat des Handelns, mithin als ein durch vergangenes Handeln produzierter und in gegenwärtigem Handeln reproduzierter, dabei aber immer veränderlicher Zwang“ (ebd., 98) betrachtet wird (vgl. Füller und Michel 2008; Görg 1994). Problematisch sei die Pauschalität des Hierarchie-Vorwurfs von Marston, Jones und Woodward, wodurch die Existenz von Hierarchie in der Raumdimension von vornherein ausgeschlossen werde und eine unzureichende Betrachtung der konflikthaften Produktion räumlicher Maßstabsebenen folge (Wissen 2011).

– das Verhältnis von staatlichen Institutionen auf unterschiedlichen Maßstabebenen zueinander. Ein weiterer zentraler Begriff Brenners ist *spatial state strategy*. Damit werden jene politischen Maßnahmen des Staates erfasst, die räumlich selektiv sind, d.h. bestimmte Räume gegenüber anderen bevorzugen (Brenner 2004). Ulrich Brand (2008) kritisiert hier, dass Beiträge der *Scale*-Debatte bei der Analyse der strukturierenden Wirkungen von *Scale* zu einem „strategischen Überhang“ neigen, d.h., dass sie „von den Raumstrategien herrschender Kräfte [...] auf Hegemonie und gelingende Regulation“ schließen (ebd., 174). Dadurch werde nicht ersichtlich, dass gesellschaftliche Widersprüche umkämpft sind und auch scheitern können. Ein Defizit in Brenners Reflexionen sieht Brand insofern darin, dass im Regulationsprozess hegemonialer Verhältnisse die „Kämpfe sozialer Bewegungen sowie die Konstitution von Hegemonie und dabei die Rolle des Staates“ kaum relevant werden. Brand schlägt daher eine hegemonie- und regulationstheoretische Fundierung der *Scale*-Debatte vor, um so die Regulation widersprüchlicher sozialer Prozesse in den Blick zu nehmen (Brand 2008, 175; vgl. Wissen, Röttger und Heeg 2008). Wissen (2011) argumentiert im Anschluss daran, dass räumlich-institutionelle Konfigurationen als Produkt von sozialen Auseinandersetzungen, in die sich soziale Kräfteverhältnisse einschreiben, institutionalisiert werden und sich gegenüber sozialem Handeln teilweise verselbstständigen können. Infolgedessen wirken räumlich-institutionelle Konfigurationen strukturierend auf soziale Auseinandersetzungen. Dadurch geben sie vor, was als gesellschaftliches Problem verhandelt werden kann und wie „der Problemlösungskorridor beschaffen ist“ (ebd., 102). Sofern das räumlich-institutionelle Gefüge akzeptiert und im sozialen Handeln reproduziert wird, hat es eine regulatorische Wirkung:

„Es ist die Produktion räumlicher Maßstabebenen, an der sich wesentlich entscheidet, inwieweit gesellschaftliche Widersprüche hegemonial bearbeitet werden können bzw. inwieweit es subalternen Akteuren gelingt, diese Widersprüche zu politisieren und bestehende Machtverhältnisse herauszufordern.“ (Wissen 2011, 103)

Darüber hinaus haben unterschiedliche Autor_innen auf verbreitete Probleme in der Operationalisierung und Anwendung zentraler Begriffe der *Scale*-Debatte verwiesen. So warnt Bernd Belina (2008) vor einer Verdinglichung räumlicher Maßstabebenen, d.h. davor, „dass sich die räumliche Maßstabebene, auch wenn eigentlich soziale Prozesse gemeint sind“, in *Scale*-Beiträgen verselbstständigen kann (ebd., 115). Zu einer solchen Verdinglichung kommt es, wenn *Scale* als unabhängig von sozialem Handeln aufgefasst wird und dadurch als selbstständig

wirkmächtig erscheint. Mithilfe einer prozessorientierten Perspektive auf die Produktion von *Scale* kann diese Verdinglichung vermieden werden. Es darf nicht außer Acht gelassen werden, dass es z.B. bei der Analyse von staatlichen Institutionen nicht um *Scale* an sich geht, sondern um Kräfteverhältnisse und ihre Verdichtung auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen (global, supranational, national, regional, lokal, stadtteilbezogen). Die konkreten gesellschaftlichen Akteure handeln auf *Scales*, bedienen sich teilweise der *Scales* zur Durchsetzung ihrer Interessen und produzieren eventuell neue *Scales*.

Eine weitere Herausforderung der *Scale*-Debatte besteht in der „slippage in the literature between notions of geographical scale and other core geographical concepts, such as place, locality, territory and space“, das aufgrund einer weitverbreiteten und unpräzisen Verwendung der Begriffe *Scale* und *Politics of Scale* zu einer Verwässerung geführt hat (Brenner 2001, 592). Auch Jessop konstatiert drei Formen von *scalar traps*: Erstens einen *scalar conflationism*, der aufgrund einer nicht klaren Unterscheidung zwischen *Scale* als relationaler Eigenschaft sozialer Prozesse, Phänomenen, die durch *Scale* hervorgerufen werden, und nicht-skalaren Faktoren, die die Produktion von *Scale* beeinflussen, entsteht. Zweitens den *scalar reductionism*, der entsteht, wenn *Scale* benutzt wird, um nicht-skalare Prozesse zu analysieren, z.B. Phänomene, die einen Bezug zu *place*, Territorien oder Netzwerken haben. Und drittens einen *scalar essentialism*, der entsteht, wenn *Scale* in der Wirkungsebene von anderen kausalen Prozessen gelöst wird (Jessop 2008, 89f.).

Vor diesem Hintergrund haben Jessop, Brenner und Jones (2008) das im strategisch-relationalen Ansatz verortete „TPSN-Framework“ entwickelt. Darin systematisieren sie die Raumdimensionen *territory*, *place*, *scale* und *networks*. Diese Raumdimensionen werden zunächst als Strukturierungsprinzip verstanden (z.B. das territoriale Prinzip der Grenzziehung), die wiederum in den Anwendungsfeldern *territory*, *place*, *scale* und *networks* wirken. *Scale* als Strukturprinzip bedeutet, dass räumlich-skalare Neuordnungsprozesse andere sozioräumliche Felder restrukturieren. So bezieht sich beispielsweise das Strukturprinzip *scale* im Hinblick auf das Anwendungsfeld *territory* auf die räumliche Machtaufteilung zwischen verschiedenen Ebenen des territorialen Nationalstaates.²³ Wie im Fall von Indonesien unter Suhartos Regime der „Neuen Ordnung“ kann ein Territorialstaat zentralistisch organisiert sein oder beispielsweise als Bundesstaat eine höhere *Scale*-Vielfalt aufweisen. *Scale* als durch andere Prinzipien strukturiertes Anwendungsfeld bedeutet, dass Strukturprinzipien wie *territory*, *place* und *networks* ihrerseits beeinflussen, wie sich beispielsweise

23 Letztlich ergibt sich aus der Überkreuzung der vier Strukturierungsprinzipien und Anwendungsfelder eine komplexe Matrix mit 16 Dimensionen.

räumlich-skalare Neuordnungsprozesse entwickeln. Insofern ermöglicht das TPSN-Framework, die verschiedenen Begrifflichkeiten von Räumlichkeit aufeinander zu beziehen und deren gegenseitige Verschränkung sichtbar zu machen (Jessop et al. 2008; vgl. Herod 2011).

2.7.3 Die Rolle von Machtverhältnissen in der *Scale*-Debatte

Die Frage nach den Machtverhältnissen zwischen den unterschiedlichen an der Produktion von *Scale* beteiligten Akteuren ist in der Debatte zu *Scale* zentral. Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse sind ausschlaggebend für die Produktion und Wirkungsmacht von *Scale*. Swyngedouw beschreibt *Scale* als „outcome of socio-spatial processes that regulate and organise social power relations“ (Swyngedouw 2012, 12). Die Organisation gesellschaftlicher Machtverhältnisse wird durch die hierarchische Schichtung und das Ineinandergreifen von *Scales* strukturiert. Die Produktion und Veränderung von *Scale* ist ein konfliktiver Prozess, in dem auch entschieden wird, wie gesellschaftliche Macht verteilt wird. Die „interskalaren Anordnungen klassen- und geschlechterspezifische[r] bzw. durch ethnische Zugehörigkeit bedingte[r] Ungleichheiten“ beeinflussen in großem Ausmaß die gesellschaftlichen Machtverhältnisse (Mahon und Keil 2008, 50).

So werden beispielsweise gesellschaftliche Widersprüche wie Kämpfe um Macht und Kontrolle über natürliche Ressourcen an lokalen Orten manifest, gleichzeitig wird ihre spezifische Ausprägung durch staatliche Kontrolle von Landnutzung auf übergeordneter Ebene strukturiert. *Scales* sind insofern gleichsam räumlicher Ausdruck der Regulation der Widersprüche des Kapitalismus. Vor diesem Hintergrund erlaubt die analytische Fokussierung auf *Scale* zu erfassen, welche politischen Einheiten für welchen territorial organisierten Raum ausschlaggebend sind (Swyngedouw 1992b).

Hierbei muss berücksichtigt werden, dass *skalare* Ebenen immer wieder neu konfiguriert und ihre Verhältnisse zueinander neu geordnet werden. Wie umkämpft und veränderbar räumliche Maßstabebenen sind, lässt sich nur in der Betrachtung des Entstehungsprozesses von *Scale* erfassen. Eine rein deskriptive, statische Erfassung von *Scale* hat demgegenüber einen geringen analytischen Erkenntniswert:

„[S]cale (at whatever level) is not and can never be the starting point for sociospatial theory. Therefore, the kernel of the problem is theorizing and understanding 'process' [...]. [T]he ontological priority for a process-based view [...] refuses to tackle global-local interplays in terms of a dialectic, an interaction or other mode of relating a priori defined things. [...]

A process-based approach focuses attention on the mechanism of scale transformation and transgression through social conflict and struggle.“ (Swyngedouw 1997, 141)

Die Materialisierung von Machtverhältnissen entlang von *Scales* lässt sich mit Brands (2008) Konzeption der Verdichtung von Konflikten in bestimmten Institutionen hegemonie- und regulationstheoretisch weiter präzisieren:

„[...] Prozesse der Verallgemeinerung von Interessen und ihr Staat-Werden [vollziehen sich] auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen [...]. Es finden über Kompromisse Verdichtungen sozialer Kräfteverhältnisse statt – in Betrieben, Verbänden, zivilgesellschaftlichen Organisationen, in hegemonialen gesellschaftlichen Orientierungen und als attraktiv geltenden Lebensweisen. Politisch-institutionell verdichten sich die Kräfteverhältnisse nicht ausschließlich aber wesentlich im Staat. [...] [D]er Nationalstaat [ist] ein zentrales Element der politisch-staatlichen Institutionalisierung von Kräfteverhältnissen.“ (Brand 2008, 169f.)

Während sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse einerseits auf verschiedenen *Scales* verdichten, einschreiben und somit verstetigen, zielen verschiedene skalare Strategien andererseits darauf ab, die räumliche Konstellation von Kräfteverhältnissen zu verändern. Die skalare Anordnung wird daher im Kontext von Konflikten und Auseinandersetzungen verändert. Hierbei konstituieren sich unterschiedliche Ebenen gegenseitig, „ohne sich aber im gleichwertigen Verhältnis zueinander zu befinden“ (Heeg 2008, 253).

Rescaling und die Dezentrierung des Nationalstaates

Ein zentraler Begriff der *scale*-Debatte, mithilfe dessen diese Veränderungen erfasst werden, ist Rescaling bzw. Reskalierung.²⁴ Mahon und Keil (2008) zufolge bezeichnet Rescaling „eine komplexe und stark umkämpfte Rekonfiguration der interskalaren Anordnungen, einschließlich der Herausbildung neuer Ebenen von Praxis und Emanzipation“ (ebd., 35). In der Literatur werden unter Rescaling einerseits Veränderungen verschiedener staatlicher Institutionen auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen, wie die Entstehung neuer Formen von Governance auf subnationaler Ebene (Brenner 2004), andererseits die Internationalisierung von nationaler Politik (z.B. Umweltpolitik) diskutiert. In Rescaling-Analysen liegt das Erkenntnisinteresse im Verständnis der Machtverhältnisse zwischen den Akteuren auf verschiedenen Ebenen und der Rolle nationalstaatlicher Institutionen auf neuen Ebenen staatlicher Regulierung. Vor diesem Hintergrund

24 Im Folgenden verwende ich die Begriffe Rescaling und Reskalierung synonym.

argumentiert Jessop (1997), dass die Transformation des Staates mit einer funktionalen und territorialen Reorganisation staatlicher Handlungsfähigkeit auf supranationaler, nationaler und regionaler Ebene verbunden ist (Jessop 2001; Heeg 2008).

Zugleich dürfen beispielsweise die Abschaffung bzw. Entmachtung regionaler Entscheidungsebenen (wie etwa nach der Dezentralisierung in Indonesien) oder Globalisierungsprozesse nicht von oben nach unten „im Sinne einer Dominanz des Globalen“ gedacht werden (Brand 2008, 173). Görg beschreibt die Veränderungen der Entscheidungskompetenzen zwischen verschiedenen Ebenen als *up-scaling*- und *down-scaling*-Prozesse: Politische Gestaltungsprozesse werden verstärkt sowohl auf Ebenen oberhalb (internationale und suprastaatliche Institutionen) als auch auf unterhalb (regional/lokal) der nationalstaatlichen Ebene verschoben. Infolgedessen kommt diesen Ebenen eine größere Bedeutung zu, und es ergeben sich Verschiebungen im Verhältnis der Ebenen zueinander.

„In line with the heterogeneity of governance, we are not only confronted with processes of ‚up-scaling‘, but also with those of ‚down-scaling‘. This means that statehood has increasingly transformed itself as much to levels *above* as to regional levels *below* the national state [...]. The most striking feature of the current situation is not so much the existence of decision-making processes at the various spatial levels *as such*; rather, it is the increased significance which is being attributed to the levels below and above the national level, and hence, the shifts occurring in the *relationships* of the levels to one another.“ (Görg 2007, Herv. i. O.)

Gleichzeitig betont Brenner für die *up-* und *downscaling*-Prozesse ab den 1970er-Jahren, dass der Nationalstaat insofern bedeutend bleibt, als „national state institutions continue to play key roles in formulating, implementing, coordinating, and supervising urban policy initiatives, even as the primacy of the national scale of political-economic life is decentred“ (Brenner 2004, 3).

Scale Jumping

Ein Schlüsselaspekt der *Scale*-Debatte ist die Erkenntnis, dass Akteure die Produktion und Reproduktion von *Scale* als strategisches Mittel einsetzen (Belina 2006). Oft können sich Interessen und Positionen beispielsweise in Verhandlungen erst dann durchsetzen, wenn es einzelnen Akteuren gelingt, die räumliche Maßstabsebene (nach oben oder nach unten) zu wechseln. In diesem Zusammenhang benutzt Smith den Begriff *scale jumping* (1990, 174). Smith (2000, 726) begreift *scale jumping* als eine Strategie, den räumlichen Bezugsrahmen des Handelns zu verändern: „[P]olitical claims and power established at one geographical

scale are expanded to another.“ Das Konzept verdeutlicht also, welche skalaren Strategien und Praxen Akteure auf unterschiedlichen Maßstabsebenen verfolgen. In diesem Sinne kann *scale jumping* einen „sowohl emanzipatorischen als auch entmächtigenden Charakter haben“ (Heeg 2008, 254). Ein Beispiel für emanzipatorische Praxen von *scale jumping* sind soziale Bewegungen und NGOs, die lokale Proteste auf die globale Ebene tragen. Im Gegensatz dazu stellt das Vorgehen von Unternehmen, die mit Standortverlagerungen drohen, sofern sie keine Zugeständnisse seitens der Arbeitnehmer_innen bzw. ihrer Vertreter_innen erhalten, ein Beispiel für entmächtigendes *scale jumping* dar. Ein weiteres Exempel stellt Swyngedouws (1996) Untersuchung der Schließung einer belgischen Kohlegrube dar. Darin zeigt er, wie es dem Staat gelang, mittels Übertragung der Entscheidungsmacht von nationalen und regionalen Regierungsebenen auf (nicht gewählte) lokale Institutionen und EU-Initiativen eine ökonomische Restrukturierung durchzusetzen, ohne die Interessen der Arbeiter_innen zu berücksichtigen.

Die horizontale Entsprechung ist das *forum shifting*, wo Konflikte und Aus handlungsprozesse auf ein anderes institutionelles Terrain auf derselben Maßstabsebene verlagert werden. *Scale jumping* und *forum shifting* sind demnach als „Konflikt um den Sitz der Macht“ (Demirovic 2001, 154) zu verstehen, in dem „räumlich-institutionelle Konfigurationen selbst geschaffen oder verändert werden“ (Wissen 2011, 101).

Als Überbegriff für den strategischen Einsatz von *Scale* hat Smith den Begriff *politics of scale* eingeführt (Smith 1990, 172; vgl. Belina 2008). Dieser Begriff fasst zusammen, dass *Scale*, wie oben dargestellt, als Resultat politischer Kämpfe zwischen gesellschaftlichen Kräften betrachtet werden muss. In den *Politics of Scale* manifestieren sich gesellschaftliche Widersprüche, die räumlich-materiell strukturiert werden. Daraus ergeben sich für die weitere Arbeit zentrale forschungsleitende Fragen: Wie werden gesellschaftliche Widersprüche durch Raumproduktion bearbeitet, und zu welchem Zweck werden räumliche Maßstabsebenen von wem produziert?

2.8 POLITISCHE ÖKOLOGIE UND *POLITICS OF SCALE* – EINE FORSCHUNGSHURISTIK

Die bisher dargestellten Ansätze sind auf einem hohen theoretischen Abstraktionsniveau angesiedelt. Daher skizziere ich im folgenden abschließenden Teil des Kapitels entlang von vier Schlüsseldimensionen, wie aus der Verknüpfung dieser Ansätze eine Forschungsheuristik gebildet werden kann, um die Entwicklung der

Palmölproduktion und damit verbundene Prozesse räumlicher (Re-)Organisation in Indonesien zu erfassen.

Erstens richtet diese Arbeit, der Perspektive der Politischen Ökologie folgend, ihren analytischen Fokus auf die Veränderung des Zugangs zu und der Kontrolle über natürliche Ressourcen, insbesondere auf Veränderungen in der Landnutzung im Zusammenhang mit der Produktion von Palmöl. Hierzu fragt die Arbeit, welche Form der Landnutzung, wie beispielsweise monokultureller Anbau von Palmöl oder Subsistenzlandwirtschaft, politisch forciert oder marginalisiert wird und welche Konflikte mit diesen Territorialisierungsprozessen verbunden sind. Aus dieser Perspektive lässt sich die Produktion von Palmöl als eine spezifische Produktion von Natur erfassen, die sowohl eine diskursive als auch eine materielle Dimension aufweist. Die Betrachtung der symbolisch-diskursiven Dimension der Produktion von Natur bedeutet, die Frage zu stellen, welche Ideen und Vorstellungen mit der Konstitution des Palmölsektors als ökonomisches Entwicklungsmodell transportiert und legitimiert werden. Die materielle Dimension der Produktion von Natur bezieht sich auf die räumlichen Transformations- und Territorialisierungsprozesse, die mit der monokulturellen Plantagenwirtschaft einhergehen, sowie die Produktionsprozesse, die in der spezifischen Materialität von Palmöl begründet sind.²⁵

Zweitens verdichten sich die mit diesen gesellschaftlichen Naturverhältnissen und der Produktion von Natur verbundenen Konflikte und Machtverhältnisse in erster Linie im Staat und seinen Apparaten. Insbesondere reguliert der Staat den Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen und gestaltet diesen durch Privatisierung vielerorts zunehmend exklusiv. Hierbei stellt der Staat ein „strukturell selektives Konfliktterrain, über das gesellschaftliche Widersprüche und Widersprüche in den gesellschaftlichen Naturverhältnissen prozessierbar gemacht werden können“ (Wissen 2011, 134). D.h., dass über staatliche Institutionen Konflikte vermittelt und reguliert werden und eine spezifische, durch das Terrain des Staates vorgegebene Form annehmen. Hierbei gilt es jedoch zu berücksichtigen, dass staatliche Apparate in einem breiteren Kontext zivilgesellschaftlicher Akteure und gesellschaftlicher Verhältnisse, wie Geschlechterverhältnisse oder ethnische Zugehörigkeit, agieren. Vor diesem Hintergrund analysiere ich in dieser

25 Z.B. müssen Ölpalmfrüchte, um einen maximalen Ertrag zu erzielen, innerhalb von 24 Stunden nach der Ernte gepresst werden, was eine gewisse Produktionsstruktur (z.B. Transportmittel, Straße, Zugang zu einer Mühle) voraussetzt und bestimmte Verarbeitungsschritte örtlich bindet.

Arbeit die historische Genese und Reproduktion staatlicher Strukturen und Selektivitäten als Ergebnis der Verdichtung von Kräfteverhältnissen, insbesondere im Hinblick auf die Regulierung des Zugangs zu Land und Ressourcen.

Drittens vollziehen sich die Produktion von Natur und damit verbundene sozial-ökologische Konflikte auf unterschiedlichen Maßstabsebenen. Gleichzeitig ist die Produktion von Natur integraler Bestandteil der Produktion von *Scale*. Besonders prägnant haben diesen Zusammenhang Swyngedouw und Heynen (2003) formuliert: „The continuous reorganisation of spatial scales is an integral part of social strategies to combat and defend control over limited resources and/or struggle for empowerment.“ (Swyngedouw und Heynen 2003, 913)

Die Produktion von *Scales* mit jeweils spezifischen und strategischen Selektivitäten ist sowohl Ergebnis als auch Auslöser von Verschiebungen politischer Entscheidungskompetenzen und gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Zentral ist insofern die Frage (1) nach den skalaren Strategien staatlicher und gesellschaftlicher Akteure, (2) nach unterschiedlichen Potenzialen der Akteure, den räumlichen Bezug ihres Handels zu verändern, sowie (3) nach den räumlich-institutionellen Konfigurationen, insbesondere im Hinblick auf die staatliche Regulierung der Landnutzung, die sich aus diesen Strategien ergeben.

Viertens muss die Entwicklung des Palmölsektors im Kontext der peripheren Weltmarktintegration Indonesiens und damit verbundenen Inwertsetzungsstrategien betrachtet werden. Die strukturelle Importabhängigkeit (passive Extraversion) begünstigt Akkumulationsstrategien, die auf die Inwertsetzung und den Export natürlicher Ressourcen zielen. Eine besondere Bedeutung kommt hierbei dem ausländischen Kapital zu, das sowohl extern (z.B. Strukturanpassungsprogramme) als auch durch Internalisierung der Interessen des Auslandskapitals (durch davon abhängige Akteure im Inland) politische Entscheidungsspielräume strukturiert. Hiermit verbunden ist die Frage, entlang welcher gesellschaftlicher Konflikte sich diese periphere Weltmarktintegration in (neo-)extraktivistische Strategien, in die Inwertsetzung natürlicher Ressourcen und letztlich in Prozesse der „Akkumulation durch Enteignung“ übersetzt. Die Herausforderung besteht hierbei darin, die Wechselwirkung zwischen der widersprüchlichen räumlich entkoppelten Produktion und Konsumtion von Palmöl zu erfassen: Wie hängt die territoriale Expansion monokultureller Plantagen mit transnationalen Produktionsnetzwerken und der internationalen Nachfrage nach Speiseölen und Agrartreibstoffen zusammen?